

Hauptabteilung Politik und Beratung

Berlin, Oktober 2013



 PARTEIENMONITOR AKTUELL

Die „neue“ NPD zwischen Systemfeindschaft und bürgerlicher Fassade

Marc Brandstetter

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu
Politik und Beratung
Leiterin Team Empirische
Sozialforschung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030-26996-3506
viola.neu@kas.de

Dr. Michael Borchard
Leiter der Hauptabteilung
Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030-26996-3550
michael.borchard@kas.de

Inhalt

1. Einleitung	4
2. Die „alte“ NPD	6
3. Die „neue“ NPD unter Udo Voigt (1996 bis 2011)	7
3.1. Neues Personal und frischer Wind	7
3.2. Organisatorische Neustrukturierung	8
3.3. „Frisches Blut“ – Personelle Radikalisierung	9
3.4. Die NPD als ostdeutsche Regionalpartei	10
3.4.1. Mitgliederentwicklung	10
3.4.2. Jung, männlich, fanatisch – Die Basis der NPD	12
3.4.3. Organisatorisches Ungleichgewicht	13
3.4.4. Erfolge im Osten, Niederlagen im Westen: Die Wahlteilnahmen	14
3.4.5. Die „Kümmerer-Partei“	17
4. Ideologisch-strategische Neuausrichtung	20
4.1. Programmatische Radikalisierung	20
4.2. Die „Volksgemeinschaft“ als Ideologiefundament	21
4.3. „Nationaler Sozialismus“ – Auf den Spuren der NSDAP	22
4.4. Die „Vier-Säulen-Strategie“	25
4.4.1. „Der Kampf um die Straße“	26
4.4.2. „Der Kampf um die Parlamente“	26
4.4.3. „Der Kampf um die Köpfe“	27

4.4.4. „Der Kampf um den organisierten Willen“	29
5. Die NPD unter Holger Apfel: Neue Führung, neuer Kurs?	32
5.1. Ungleiche Partner: Gemeinsamer Putsch von Tauben und Falken	32
5.2. Leere Kassen	35
5.3. NSU- und NPD-Verbot	36
5.4. Imagekorrektur à la NPD	37
5.5. „Seriose Radikalität“ als Wahlkampfflop	38
5.6. Apfel unter Beschuss	40
6. Hass, Streit, Durchhalteparolen, Realitätsverlust: Holger Apfel an der NPD-Spitze	42
7. Bundestagswahl 2013 – Verluste in den Hochburgen	44

1. Einleitung

Seit 2011 steht Holger Apfel an der Spitze der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Die von seinen Anhängern in ihn gesetzten Hoffnungen konnte der neue Parteichef allerdings nicht erfüllen. Sein Start glückte denkbar schlecht. Zu Beginn des Jahres 2012 stand seine Partei an einem Wendepunkt. Kaum hatte der sächsische Fraktions- und Landesvorsitzende in Personalunion Anfang November 2011 den Bundesvorsitz übernommen, brachte die Aufdeckung der rechtsterroristischen Anschlagsserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) die Partei in stürmische See. Anstatt durch einen bürgerlichen Anstrich zu punkten, wie es die neue strategische Ausrichtung des 43-Jährigen eigentlich vorsah, geriet die NPD in das Visier der Politik. Reflexartig forderten führende Repräsentanten aller Parteien – mit Ausnahme der FDP – ein neues Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Auf einem Treffen vereinbarten die Innenminister von Bund und Ländern, gezielt Informationen zu sammeln und genaue Kriterien auszuarbeiten. Ein erneutes Scheitern sollte ausgeschlossen werden, um dem Rechtsstaat eine weitere Blamage zu ersparen.¹

Und es kam, wie es kommen musste: In Rostock-Warnemünde einigten sich die Ressortchefs im Rahmen der Innenministerkonferenz (IMK) am 5. Dezember 2012, einen neuen NPD-Verbotsantrag auf den Weg zu bringen. Die NPD selbst nutzte den Medienrummel, um in Sichtweite des Tagungshotels eine Mahnwache unter dem Motto „Freiheit ist das Recht, anderen zu sagen, was sie nicht hören wollen“ (George Orwell) abzuhalten, an der knapp 30 Personen – überwiegend Funktionäre und Mitarbeiter der sächsischen und mecklenburg-vorpommerischen Landtagsfraktionen – teilnahmen. Damit war der Stein ins Rollen gebracht, zumal sich in Umfragen eine breite Mehrheit der Bevölkerung für ein Verbot aussprach.² Ein erstes Verfahren gegen diese Partei war 2003 gescheitert.³ Dies konnte den Bundesrat aber nicht davon abhalten, neun Tage nach der Empfehlung der Innenminister den Weg für einen zweiten Anlauf mit großer Mehrheit frei zu

1 Vgl. Der Tagesspiegel, Innenminister wollen rechtsextreme NPD verbieten, unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsextremismus/innenministerkonferenz-innenminister-wollen-rechtsextreme-npd-verbieten/5941298.html> (eingesehen am 26. Dezember 2011).

2 Vgl. ZDF-Politikbarometer, März II 2012.

3 Vgl. Lars Flemming, 2004, Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“, Baden-Baden.

machen. Außer Hessen, das sich enthielt, stimmten alle 15 Bundesländer dafür, den Rechtsextremisten juristisch den Garaus zu machen.

Den schwierigen Gang nach Karlsruhe müssen die Länder allein beschreiten. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hielt einen eigenen Antrag für „nicht erforderlich“, sicherte aber ihre Unterstützung bei der Fortentwicklung der Materialsammlung zu. Zuvor hatte Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) für einen Eklat gesorgt, da er die Entscheidung bereits vor dem offiziellen Beschluss öffentlich verkündet hatte. Im Bundestag scheiterte außerdem ein von der SPD eingebrachter Antrag, ebenfalls nach Karlsruhe zu ziehen. Das Ende für die Pläne der Sozialdemokraten kam wenig überraschend, zuvor hatten bereits zahlreiche Abgeordnete der Oppositionsfractionen angekündigt, sich der Regierungsentscheidung anschließen zu wollen.

Das neue Verbotsverfahren ist nicht die einzige Baustelle für den neuen Parteivorsitzenden Apfel. Ohnehin hat der gebürtige Hildesheimer ein schweres Erbe angetreten. Sein Vorgänger Udo Voigt (1996 bis 2011) hinterlässt große Fußspuren. Er ist sicherlich – neben Adolf von Thadden (1967 bis 1971) – der Parteivorsitzende, der die NPD am deutlichsten prägte.⁴ Ohne die von ihm eingeleitete und vorangetriebene personelle, organisatorisch-strategische und ideologisch-programmatische Neuausrichtung hätte die NPD nicht ihren „zweiten Frühling“ erlebt.⁵ Zuletzt büßte der ehemalige Bundeswehroffizier aber an Glanz ein, die NPD-Erfolgswelle schien spätestens 2009 zu Ende. Existenzgefährdende Zahlungsprobleme, spürbare Mitgliederverluste, Rückschläge in der Bündnispolitik und Wahlergebnisse weit unter den eigenen Erwartungen vergrößerten die innerparteiliche Spaltung, die schließlich in der Ablösung des langjährigen NPD-Aushängeschildes gipfelte.⁶

4 Vgl. Marc Brandstetter, 2013, Die NPD unter Udo Voigt. Organisation, Ideologie, Strategie, Baden-Baden.

5 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, 2008, Der „zweite Frühling“ der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei, St. Augustin/Berlin.

6 Vgl. Marc Brandstetter, 2009, Die Selbstzerfleischung der NPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2/2009, S. 15-18.

2. Die „alte“ NPD

Die NPD ist die älteste aktive rechtsextremistische Partei Deutschlands. Gegründet wurde sie im Herbst 1964 als Sammlung der versprengten „rechten“ Kräfte der Bundesrepublik. Das Projekt startete verheißungsvoll. Zwischen 1965 und 1969 setzte sie zu einer Erfolgsserie an, die bis heute ihresgleichen sucht, und konnte in sieben Landesparlamente einziehen.⁷ Obwohl die NPD seinerzeit am ehesten eine deutschnationale Politik verfocht, traf sie vor allem dort auf hohe Resonanz, wo schon die NSDAP überdurchschnittlichen Anklang gefunden hatte. Dabei hatte ihr charismatischer Parteivorsitzender Adolf von Thadden eine Abgrenzung zum Nationalsozialismus versucht: Er wollte „die krummen Hunde vor der Tür lassen“.⁸ Der Missmut weiter Bevölkerungsschichten über die etablierte Politik und die angespannte Wirtschaftslage sicherte den Rechtsextremisten ein beträchtliches Protestwählerpotential, das zum Erfolg wesentlich beitrug. Voraussetzung für den steilen Aufstieg war eine schlagkräftige Organisationsstruktur, die die NPD von ihrer Vorgängerorganisation, der Deutschen Reichspartei (DRP), übernommen hatte. Phasenweise hatte sie gut 28.000 Mitglieder in ihren Reihen.

1969 scheiterte die NPD mit 4,3 Prozent vergleichsweise knapp am Einzug in den Bundestag. Eine tiefe Resignation erfasste die erfolgsverwöhnte Organisation. Die Mitgliederzahlen brachen ein, die Wahlergebnisse ebenso. Heftige interne Streitigkeiten zerrissen die junge Partei. Sie versank in der politischen Bedeutungslosigkeit, in den siebziger, achtziger und bis weit in die neunziger Jahre hinein war sie nicht mehr als eine „bedeutungslose, rechtsradikale Sekte“.⁹

Bei den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen am 3. Oktober 1990 erreichte die NPD magere 0,3 Prozent. Ein Großteil der Führungsriege um den Tuttlinger Rechtsanwalt Martin Mußnug (Vorsitzender, von 1971 bis 1990) wollte sie daraufhin in ein neues Sammlungsprojekt, die Deutsche Allianz (DA), überführen. Die Basis beharrte indes auf ihrer Eigenständigkeit. Auf dem

7 1966: Hessen (7,9 Prozent), Bayern (7,4 Prozent); 1967: Rheinland-Pfalz (6,9 Prozent), Schleswig-Holstein (5,9 Prozent), Niedersachsen (7,0 Prozent), Bremen (8,8 Prozent), 1968: Baden-Württemberg (9,8 Prozent).

8 Adolf von Thadden, 1969, in: Reinhard Kühnl/Rainer Rilling/Christine Sager, Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei, Zweite Auflage. Frankfurt am Main, S. 26.

9 Horst Meier, 2003, In der Nachfolge der NSDAP? Das SRP-Verbotsurteil und das Verfahren gegen die NPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 4/2003, S. 485-495, hier S. 485.

Bundesparteitag im Juni 1991 unterlag der DA-Befürworter Jürgen Schützing seinem Kontrahenten Günter Deckert, dem einstigen Vorsitzenden der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN). Der neu gewählte Bundesvorsitzende schlug einen anderen ideologischen Weg ein, er richtete die NPD sozialrevolutionär, ausländergefährlich und stark revisionistisch aus.¹⁰ Diese Radikalisierung machte die NPD attraktiver für das neonationalsozialistische Milieu. Die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“, die Doppelmitgliedschaften in NPD und einer der zahlreichen neonationalsozialistischen Vereinigungen wie der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP, 1995 verboten) oder der Nationalen Offensive (NO, 1992 verboten) als „parteischädigend“ ausschlossen, wurden aufgeweicht, ohne abgeschafft zu werden. Neonazis und rechtsextremistische Skinheads galten als willkommene Verstärkung, wenn sie bereit waren, sich der Parteilinie unterzuordnen. Deckert legte die Grundsteine für die heutige NPD – was bisweilen übersehen wird.

3. Die „neue“ NPD unter Udo Voigt (1996 bis 2011)

3.1. Neues Personal und frischer Wind

Im Mai 1996 wählten die Delegierten des Bad Dürkheimer Parteitages mit Udo Voigt einen neuen Mann auf die Brücke des einstigen Flaggschiffs der extremistischen Rechten. Der ehemalige bayerische Landesvorsitzende setzte sich in einer Kampfabstimmung mit 88 zu 83 Stimmen gegen Deckert durch, der damals eine Gefängnisstrafe verbüßte und deshalb nicht anwesend sein konnte.

Voigt ist kein großer Rhetoriker, dafür ein begnadeter Organisator und Stratege, der die NPD aus ihrem Dämmerzustand herauszureißen vermochte.¹¹ Er begriff als einer der ersten, welche Möglichkeiten der Zusammenbruch der DDR für eine Partei wie die NPD bereithielt. Unmittelbar nach der Wende konnten die drei „großen“ rechtsextremistischen Parteien NPD, DVU und REP in den zukünftigen neuen Ländern jedoch zunächst nicht Fuß fassen. Das rechtsextremistische Milieu

10 Vgl. Gerhard Hertel, 1997, Biographisches Porträt Günter Deckert, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 9, Baden-Baden, S. 202-212.

11 Vgl. Eckhard Jesse, 2006, Biographisches Porträt Udo Voigt, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 18, Baden-Baden, S. 207-219.

dort bestand aus Skinheads und Hooligans, die ihre nationalsozialistische Gesinnung als größtmögliche Provokation gegen das verhasste staatssozialistische System begriffen.¹² Die als „Altherrenclubs“ wahrgenommenen „rechten“ Parteien der Bundesrepublik übten mit ihrer westlich geprägten Programmatik keine Anziehung auf die zumeist jugendlichen Aktivisten aus. Udo Voigt aber krempelte die NPD ideologisch um, anstelle der „nationalen Frage“ trat die „soziale Frage“,¹³ womit er den Nerv ostdeutscher Rechtsextremisten traf.

3.2. Organisatorische Neustrukturierung

Nahezu die gesamte Infrastruktur verlegte die Parteiführung in die neuen Bundesländer. Die Bundesgeschäftsstelle wurde in einem Haus im Berliner Stadtteil Köpenick angesiedelt, das man erst mietete und später kaufte. Zur eigentlichen Operationsbasis erkoren die Strategen den Freistaat Sachsen, wo die NPD bei Wahlen schon Mitte der neunziger Jahre verhältnismäßig gute Ergebnisse vorweisen konnte. Der „Deutsche Stimme Verlag“ zog auf Betreiben Holger Apfels aus dem kleinen Dorf Sinning im oberbayerischen Kreis Neuburg an der Donau nach Riesa in eine alte Gewerbeimmobilie, die die Partei von einem Gesinnungsgenossen erwarb. Hier produzierte sie fortan nicht nur das Parteiorgan, die Deutsche Stimme (DS), das nach eigenen Angaben in einer Auflage von 25.000 Exemplaren erscheint, sondern richtete auch ein Ladengeschäft sowie, nach dem Einzug in den sächsischen Landtag 2004, ein Bürgerbüro ein. Diese Maßnahme erwies sich im Landtagswahlkampf als von unschätzbarem Wert. Die führenden Köpfe arbeiteten bei der DS und nahmen ihren Wohnsitz in Sachsen. Ihre lokale Verankerung stieg, ein regelmäßiges Gehalt ermöglichte ihnen, sich ganz der „nationalen Sache“ zu widmen. Materialien konnten hier gelagert werden, die Aktivisten hatten einen Fixpunkt, von dem aus sie zu ihren Wahlkampftouren aufbrachen. Der spätere Bundesvorsitzende Apfel bestätigt: „[...] vieles, was im Freistaat gelaufen ist,

12 Vgl. Bernd Siegler, 1991, Auferstanden aus Ruinen. Rechtsextremismus in der DDR, Berlin.

13 Vgl. Richard Stöss, 2000, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. West-Ost-Unterschiede und Institutionentransfer seit der Deutschen Einheit, in: Deutschland Archiv, Nr. 2/2000, S. 181-193.

wäre ohne Rückendeckung des Verlages in personeller, finanzieller und logistischer Natur nicht möglich gewesen".¹⁴

3.3. „Frisches Blut“ – Personelle Radikalisierung

Auf Voigts Veranlassung hin, wurden zügig die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ aufgehoben. Unerwartet leistete die Bundesrepublik Hilfe bei der Konsolidierung. Die massive Verbotschwelle gegen neonationalsozialistische Organisationen zu Beginn der neunziger Jahre, mit der der Staat auf die explodierende fremdenfeindliche Gewalt zu reagieren versuchte, trieb einen Teil der politisch heimatlos gewordenen Neonazis in die Arme der NPD.¹⁵ Besonders junge, hochmotivierte Fanatiker strömten in die Partei. Gut 70 Prozent der Neumitglieder hatten beim Eintritt das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet.¹⁶ Als Brücke erleichterten die JN vielen Aktivisten diesen Schritt. Der neue politische Weg stieß nicht nur bei den Neonazis auf offene Ohren. Gezielt warb die Partei um die Subkultur der rechtsextremistischen Skinheads, sofern diese bereit seien, „als politische Soldaten zu denken und zu handeln“. ¹⁷ Da Skinheads aber (in der Regel) für die Parteiarbeit zu undiszipliniert waren, legte die NPD-Führung großen Wert darauf, nur verlässliche „Kameraden“ einzubinden. Nichtsdestoweniger profitierten beide Seiten von einer lockeren Zusammenarbeit. Mit ihren musikalischen Parteiveranstaltungen erweckte die NPD eine gewisse Sympathie, die rechtsextremistischen Skinheads revanchierten sich durch hohe Teilnehmerzahlen bei Demonstrationen der Partei.¹⁸

Die Einbindung neonationalsozialistischer Kader erfolgte weitgehend geräuschlos. Erst als das Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2003 endgültig

14 Holger Apfel, zitiert nach: Deutschlandradio Kultur, Länderreport vom 8. Mai 2006.

15 Vgl. Julia Gerlach, 2007, Auswirkungen der Verbote rechtsextremer Vereine auf die NPD, in: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden, S. 233-260.

16 Vgl. Toralf Staud, 2007, Moderne Nazis: Die neue Rechte und der Aufstieg der NPD, Vierte Auflage, Köln, S. 49.

17 NPD-Parteivorstand, 1999, Das strategische Konzept der NPD, in: Holger Apfel (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei, Stuttgart, S. 356-360, hier S. 360.

18 Vgl. Christian Menhorn, 2008, Die Bedeutung subkultureller Bewegungen für den deutschen Rechtsextremismus. Die Strategie von Neonationalsozialisten und NPD gegenüber subkulturell geprägten Rechtsextremisten, in: Armin Pfahl-Traugher (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl, S. 247-263, hier S. 254f.

gescheitert war, warb die NPD offensiv um sie. In einem Interview mit der Jungen Freiheit bekannte der Parteivorsitzende Voigt Farbe: Die NPD wolle die neonationalsozialistische Strömung (ebenso wie die nationalliberale und die nationalkonservative) integrieren.¹⁹

Unter Udo Voigt änderte die NPD ihr Selbstverständnis und steigerte dadurch ihre Akzeptanz unter den Neonationalsozialisten: Weg von einer „rechten“ Wahlpartei hin zu einer Weltanschauungs- und Kampfpartei. Priorität habe der kontinuierliche Aufbau einer ernst zu nehmenden politischen Kraft, Wahlerfolge seien zweitrangig.²⁰ Die „alte“ NPD begriff sich als rechte Wahlalternative *im* System. Die „neue“ NPD schlüpft hingegen in die Rolle einer *gegen* das System gerichteten Speerspitze einer neuen sozialen Bewegung von rechts.²¹ In Abgrenzung zu der im NPD-Verständnis „systemangepassten“ DVU und den REP setzt sie auf Fundamentalopposition und artikuliert ihren systemfeindlichen Charakter in schärferem Ton: „Wir Nationaldemokraten sehen uns als grundsätzliche Alternative zum gegenwärtigen Parteiensystem [...]. Die NPD ist nicht eine Partei neben den Bonner Parteien, sondern gegen sie!“²²

3.4. Die NPD als ostdeutsche Regionalpartei

3.4.1. Mitgliederentwicklung

Die veränderte Programmatik, ihre Aktionsorientierung und die Öffnung der Partei für Anhänger neonationalsozialistischer Organisationen sorgten für einen Mitgliederschub. Innerhalb von gut zehn Jahren verdoppelte sich die Zahl ihrer Anhänger. 1996, als Voigt die NPD übernommen hatte, zählte sie 3.500 Mitglieder, 2006 waren es 7.000. Der Aufschwung verlief nicht stetig, während

19 Vgl. „Ziel ist es, die BRD abzuwickeln“. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt über den Wahlerfolg seiner Partei und den „Zusammenbruch des liberal-kapitalistischen Systems“, in: Junge Freiheit vom 24. September 2004.

20 Vgl. Udo Voigt, 1999, Mit der NAPO auf dem Weg ins neue Jahrtausend, in: Holger Apfel (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Rechtspartei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, Stuttgart, S. 469-475.

21 Vgl. Gudrun Heinrich, Die NPD als Bewegungsorganisation, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Nr. 4/2008, S. 29-38.

22 Vgl. Udo Voigt, 1999, Mit der NAPO auf dem Weg ins neue Jahrtausend, in: Holger Apfel (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Rechtspartei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, Stuttgart, S. 472.

des Verbotsverfahrens brachen die Mitgliederzahlen auf 5.000 ein (2003). Nach 2006 stagnierten sie, in den letzten Jahren waren die Zahlen sogar rückläufig. 2009 wies die Statistik 6.800 NPD-Parteibücher aus, 2010 noch 6.600. Auf dem Bundesparteitag 2013 musste der im Amt bestätigte Bundesvorsitzende Holger Apfel einräumen, dass seine Organisation nur noch über 5.400 Anhänger verfüge. Damit ist sie auf ein ähnliches Niveau wie zu Beginn der neunziger Jahre, bzw. wie während des angesprochenen Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht, zurückgefallen.

Die jugendlichen Neuaktivisten bei der Stange zu halten, gelang nicht immer. Zudem konnten sich „traditionelle“ Nationaldemokraten nicht mit dem Kurs ihrer Führung anfreunden und verließen die Partei. Das Grunddilemma der NPD ist nach wie vor und heute vielleicht sogar mehr denn je, dass sie zwei inhomogene Gruppen vereinigen muss, die beide einzeln nicht stark genug sind, um ihr ein Überleben zu sichern. Der Versuch, einer der beiden Richtungen sich auszubreiten, führt zum Verlust von Anhängern der anderen Richtung. Die Personaldecke der NPD ist daher unverändert dünn. Sogar in ihren Hochburgen wird die Hauptarbeit von wenigen „Machern“ geleistet.

Ihr Milieu scheint ausgeschöpft, über ihren Sympathisantenkreis hinaus kann die NPD keine neuen Anhänger erschließen. Zurückzuführen ist dies auf ihre äußerst radikale Ausrichtung, die sie für nationalkonservative oder „gemäßigtere“ Aktivisten aus dem neu-rechten Spektrum zu keiner Alternative macht. Holger Apfel erkannte dies und versucht, durch eine „bürgerlichere“ Ausrichtung gegenzusteuern. Seine Bemühungen sind allerdings zum Scheitern verurteilt, denn die reformunwillige Basis folgt diesem neuen Kurs nicht. Selbst viele Funktionäre haben sich in ihrer Wagenburg eingegelt.

Als erfolgreich bei der Rekrutierung neuer Mitglieder erwiesen sich die ostdeutschen Gliederungen. Die westlichen Landesverbände erzielten – wenn überhaupt – nur marginale Zuwächse. In der einstigen Hochburg Baden-Württemberg beispielsweise konnte die Spaltung von 1991, als in dem Landesverband zahlreiche Mitglieder nach der verlorenen Machtprobe im Zuge der gescheiterten Überführung in die „Deutschen Allianz“ der NPD den Rücken gekehrt hatten, nie überwunden werden. Durchbrach man 1991 noch die 1.000er-Marke (1.200), vereinte die ehemals bedeutende Gliederung unter Voigt

nie mehr als 500 Rechtsextremisten unter ihrem Dach (2010: 460).²³ Der Landesverband Sachsen brachte es 1998 sogar auf 1.400 Mitglieder. Damals war die NPD nicht wählerisch, fast jedes Neumitglied war willkommen. Die Zugänge kamen überwiegend aus den unteren sozialen Schichten und gehörten entweder der Skinhead-Subkultur an oder waren zuvor in neonationalsozialistischen Vereinigungen aktiv.²⁴ Trotz einiger Wahlerfolge und einer flächendeckenden Organisationsstruktur sanken die Zahlen auf derzeit 800 Parteiaktivisten.

Außer der Linken (51 Prozent) weist keine - zumindest der im Bundestag vertretenen Parteien - einen so hohen Anteil ostdeutscher Mitglieder auf. 2012 wohnte fast jeder dritte Nationaldemokrat (31,7 Prozent) in den fünf neuen Bundesländern (ohne Berlin), bei der CDU waren es 8,9 Prozent, bei der SPD 4,5 Prozent, bei den Liberalen 12,6 Prozent und bei den Grünen 7,1 Prozent.²⁵

3.4.2. Jung, männlich, fanatisch – Die Basis der NPD

Nach wie vor ist der Rechtsextremismus ein von Männern dominiertes Phänomen.²⁶ In der Tat sind Frauen innerhalb der NPD unterrepräsentiert.²⁷ Ihr Anteil an der Gesamtmemberschaft beträgt rund 20 Prozent. Mit einem Durchschnittsalter der Mitglieder von ungefähr 40 Jahren ist die NPD eine „junge“ Partei. Ihr jugendliches Gesicht zeigt ein Vergleich mit den Bundestagsparteien. Danach ist ein CDU-Mitglied durchschnittlich 56 Jahre, ein Anhänger der CSU 57 Jahre, ein Sozialdemokrat 58 Jahre und ein Liberaler 51 Jahre. Die Grünen verfügen mit durchschnittlich 46 Jahren über die jüngste Mitgliedschaft, die Linke

23 Alle Zahlen sind den aktuellen Berichten der Verfassungsschutzämter der Länder und des Bundes entnommen.

24 Vgl. Ralf Hübner, Zulauf der NPD in Sachsen „besorgniserregend“, in: Der Tagesspiegel vom 5. Juni 1998.

25 Alle Angaben (außer die der NPD) beziehen sich auf: Oskar Niedermayer, 2013, Parteimitglieder in Deutschland: Version 1/2013. Arbeitshefte a. d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 20, Berlin. (eigene Berechnung). Die Zahlen der NPD sind den Verfassungsschutzberichten der Länder entnommen. Stand 2012: Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen. Stand 2011: Mecklenburg-Vorpommern (eigene Berechnung).

26 Vgl. Birgit Rommelspacher, 2000, Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn, S. 199-219.

27 Alle Angaben beruhen auf eigenen Berechnungen. Hierzu wurden die Kommunalwahllisten der NPD in Sachsen (2008), Brandenburg (2008) und Schleswig-Holstein (2008) ausgewertet.

mit 62 Jahren über die älteste.²⁸ Soziodemographisch ist die NPD eine „Arbeiterpartei“. Rund 40 Prozent ihrer Anhänger können dieser gesellschaftlichen Gruppe zugeordnet werden. Am zweitstärksten, nämlich mit etwa einem Drittel, sind die Angestellten unter den NPD-Anhängern vertreten. Aufgrund der spezifischen Altersstruktur ist innerhalb des NPD-Mitgliederstamms die Quote an Schülern, Studierenden und Auszubildenden verhältnismäßig hoch. Überraschenderweise sind die Rechtsextremisten unter Selbstständigen relativ erfolgreich. 2004 – im Jahr ihres wichtigen Wahlerfolges in Sachsen – erhob eine Studie 13 Prozent. Diese besondere soziale Struktur war nicht unerheblich für den Aufstieg der NPD in Sachsen. Unternehmerisch tätige Personen weisen neben einer erhöhten Führungskompetenz eine hohe Anzahl an gesellschaftlichen Kontakten auf, die sie zur politischen Agitation nutzen können.²⁹

3.4.3. Organisatorisches Ungleichgewicht

Organisatorisch ist die NPD unterschiedlich aufgestellt. Den aktiven Landesverbänden Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern stehen solche gegenüber, die es innerhalb eines Jahres nicht einmal auf ein Dutzend politische Aktionen bringen – wie der baden-württembergische Verband.³⁰ Bundesweit unterhält sie rund 200 Kreisverbände.³¹ Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sind die einzigen Bundesländer mit einer flächendeckenden Kreisverbandspräsenz. Schwach ist sie hingegen in den großen (westdeutschen) Bundesländern Baden-Württemberg und Niedersachsen, wo sie auf 14 (von 44) bzw. 13 (von 46 Verwaltungseinheiten) kreisweite Verbände kommt. Unter Voigt entwickelte sich die NPD zu einer ostdeutschen Regionalpartei. Selbst die strukturell schwächeren ostdeutschen Landesverbände wie Brandenburg und Sachsen-Anhalt sind den meisten westdeutschen hinsichtlich Mitgliederstärke, Anzahl der Aktivitäten, Wahlerfolge und in der öffentlichen Präsenz überlegen. Dabei ist die „Ost-Partei“

28 Vgl. Oskar Niedermayer, 2013, Parteimitglieder in Deutschland: Version 1/2013. Arbeitshefte a. d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 20, Berlin.

29 Vgl. Henrik Steglich, 2005, Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolges 2004, Göttingen, S. 88-92.

30 Vgl. Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), 2009: Verfassungsschutzbericht 2008. Pressefassung, Stuttgart, S. 167.

31 In der Bundesrepublik Deutschland existierten zum Stichtag 31. Dezember 2009 301 Landkreise sowie 111 kreisfreie Städte.

NPD ein „West-Produkt“. Ob Holger Apfel, Udo Pastörs, Peter Marx, Frank Schwerdt oder Karl Richter: Alle sind gebürtige Westdeutsche. Ihre gezielte Ansiedlung, zunächst in Sachsen, später dann in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen-Anhalt, haben den Aufstieg der NPD in den fünf neuen Bundesländern begünstigt. Damit haben die westdeutschen Landesverbände ihre aktivsten und fähigsten Köpfe verloren. Diesen Aderlass konnten sie nicht ausgleichen, was die Stagnation besiegelte.³²

3.4.4. Erfolge im Osten, Niederlagen im Westen: Die Wahlteilnahmen

Nicht nur das strukturelle Übergewicht und die hohe Zahl ostdeutscher Mitglieder lassen darauf schließen: Die NPD ist eine „Ost-Partei“. Auch bei ihren Wahlteilnahmen fährt sie in den neuen Bundesländern regelmäßig Resultate ein, die deutlich über denen im Westen liegen. Während in den alten Bundesländern selbst Achtungserfolge ausbleiben und meist eine Zustimmung von unter zwei Prozent der Wahlstimmen erreicht wird,³³ zog die NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern zweimal in Folge in die Landtage ein. Deshalb muss das Jahr 2004 als wichtige Wegmarke in der Entwicklung der „neuen“ NPD gelten. Damals schaffte sie erstmals nach 36 Jahren mit 9,2 Prozent der Stimmen den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde eines deutschen Landesparlamentes. Neben den günstigen Gelegenheitsstrukturen, die sich in der bundesweiten Protestwelle gegen die Sozialstaatsreformen der rot-grünen Bundesregierung Bahn brachen, war das Angebot der NPD auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten: Sie griff den Protest auf, gab sich als Anti-Establishment-Kraft, und schwang sich zum Sprachrohr der Ostdeutschen gegen „die da oben“, gegen „Wessis“ und „Ausländer“ auf. Damit hatte sie einen bemerkenswerten Schwenk vollzogen, derart nachfrageorientiert und mit professionellen Marketingtechniken arbeitend war sie noch nie aufgetreten.³⁴

32 Vgl. Thomas Grumke, 2005, Der „hysterische NPD-Tsunami“. Die NPD in Nordrhein-Westfalen und Sachsen im Vergleich, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 14, Berlin, S. 89-97.

33 Ausnahme: Bei den Landtagswahlen im Saarland 2004 entfielen 4,0 Prozent auf die NPD.

34 Vgl. Lazaros Miliopoulos, 2007, Strategische Ansätze, Potentiale und Perspektiven der NPD, in: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden, S. 121-141, hier S. 136f.

Mit dieser Strategie war sie zwei Jahre später in Mecklenburg-Vorpommern ebenso erfolgreich. 7,3 Prozent der Wählerstimmen bedeuteten eine zweite Fraktion. Doch es gibt einen großen Unterschied zu Sachsen: An der Ostsee spielte sie lange keine politische Rolle, die „Freien Kameradschaften“ dominierten – besonders in Vorpommern – die extremistische Rechte. Erst als diese unmittelbar vor dem Urnengang 2006 in die NPD strömten, erhöhte sich deren politische Schlagkraft.³⁵ Nur in wenigen Landesverbänden ist die Verzahnung zwischen NPD und Neonazis so eng.³⁶

2009 und 2011 konnte die NPD ihre guten Ergebnisse in den beiden Bundesländern mehr oder weniger bestätigen, wenngleich sie Federn lassen musste. In Sachsen verlor sie 3,6 Prozentpunkte und damit mehr als alle anderen Parteien, in Mecklenburg-Vorpommern 1,2 Prozentpunkte. Vor allem Protestwähler gingen von der Fahne, ihre Kernklientel hingegen hat sie gebunden und mobilisiert.³⁷

Die Zustimmung in den anderen ostdeutschen Bundesländern liegt ebenfalls weit höher als im Westen. Zweimal scheiterte die NPD knapp an einem Landtagseinzug: 2009 in Thüringen mit 4,3 Prozent und 2011 in Sachsen-Anhalt mit 4,6 Prozent. In Sachsen-Anhalt machte sie sich selbst einen Strich durch die Rechnung: Ihr Spitzenkandidat, der Landesvorsitzende Matthias Heyder, hatte unter dem Pseudonym „Junker Jörg“ in einem rechtsextremistischen Internetforum offenbar Anleitungen zum Bombenbau verbreitet und zur Schändung linker Frauen aufgerufen,³⁸ was kurz vor dem Wahltag publik wurde. In Umfragen war die Sperrklausel zuvor in greifbarer Nähe, der Skandal hielt einige Wähler von der Stimmabgabe ab. In Brandenburg schaffte sie 2006 aus

35 Gudrun Heinrich/Arne Lehmann, 2006, Zwischen Provokation und Systemfeindschaft – die NPD, in: Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock, S. 67-77, hier S. 74.

36 Vgl. Gunther Latsch/Irina Repke/Steffen Winter, „Volksfront von rechts“, in: DER SPIEGEL, Nr. 39/2006, S. 42-43.

37 Vgl. Gudrun Heinrich, 2011, Kernwählerschaft mobilisiert – Die NPD, in: Martin Koschkar, Christopher Scheele (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock, S. 77-89.

38 Vgl. Oliver Cruzcampo, Ermittlungen gegen Matthias Heyder aufgenommen, unter: http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=6017:heyder&Itemid=387 (eingesehen am 23. Dezember 2011). Das Verfahren wurde Mitte Dezember 2011 aus Mangel an Beweisen eingestellt.

dem Stand 2,6 Prozent und überholte damit die DVU (1,2 Prozent), die dem Parlament in Potsdam seit 1999 insgesamt zweimal angehört hatte.

Derzeit hält die NPD nach eigenen Angaben bundesweit ungefähr 500 kommunale Mandate, die von 384 Mandatsträgern wahrgenommen würden.³⁹ Ein Vergleich mit der NPD vor der Zeit Udo Voigts zeigt auch hier einen spürbaren Aufwärtstrend. Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre kam sie bundesweit nur auf 40 Mandate.⁴⁰ Die gestiegene Anzahl ist aber vor allem auf die Aufhebung der Drei- bzw. der Fünf-Prozent-Hürde auf kommunaler Ebene durch das Bundesverfassungsgericht im Februar 2008 zurückzuführen.

In einigen ostdeutschen Kommunen hat die NPD eine beachtliche kommunale Verankerung erreicht. Sie tritt meist „bürgerlich“ auf; harte, rechtsextremistische Themen spielen in der politischen Auseinandersetzung nur eine untergeordnete Rolle. Mit eigenen Freizeitangeboten und Funktionären, die hier nicht am gesellschaftlichen Rand stehen, ist es ihr gelungen, die Menschen für sich zu gewinnen. Gleichwohl, vom „Marsch in die Mitte der Gesellschaft“ ist sie noch weit entfernt.

Ihre Anhänger und Sympathisanten rekrutieren sich vor allem aus den unteren gesellschaftlichen Schichten. Deutschlandweit sind „NPD-Hochburgen“ die absolute Ausnahme, nicht die Regel. An gesellschaftlich wichtige „soziale Relais“ wie die politischen und wirtschaftlichen Eliten, die Kirchen, Gewerkschaften oder Verbände konnte sie zu keiner Zeit andocken.

Die Wähler der rechtsextremistischen Partei sind jung und männlich. Die NPD avancierte 2004 in Sachsen mit 21 Prozent der Jungwählerstimmen zur zweitstärksten Kraft hinter der CDU (29 Prozent).⁴¹ Demgegenüber beißt sie bei Frauen, besonders bei älteren, auf Granit. Ihre Propaganda verfängt stark bei Menschen mit niedrigem bzw. mittlerem Bildungsniveau. Schwerpunkte sind daher Arbeiter und Arbeitslose. Ungefähr jeder zehnte NPD-Anhänger ist

39 Vgl. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), Hartmut Krien, Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV), unter: <http://www.npd.de/html/581/personenprofil/detail/584/> (eingesehen am 14. Juni 2013).

40 Vgl. Katharina Beier/Jenny Bogitzky/Hubertus Buchstein/Katharina Feike/Benjamin Fischer/Pierre Freyber/Mathias Strüwing/Tim Wiedemann, 2006, Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald, S. 24.

41 Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), 2004, Wahlreport. Sachsen hat gewählt. Landtagswahl in Sachsen am 19. September 2004, Berlin, S. 49.

arbeitslos, mehr als bei jeder anderen Partei.⁴² Überdurchschnittlich erfolgreich ist die NPD in der Gruppe der „Konfessionslosen“, Kirchenmitglieder wählen sie seltener.

3.4.5. Die „Kümmerer-Partei“

Tatsächlich verfährt das „Kümmerer“-Image der NPD bei den Menschen. Überall, wo Personen aus der gesellschaftlichen Mitte für sie in den politischen Ring steigen, ist die NPD überdurchschnittlich erfolgreich. Das beste und bekannteste Beispiel hierfür ist die „Sächsische Schweiz“, wo ein Arzt oder der mittlerweile verstorbene Fahrlehrer Uwe Leichsenring die Partei als gesellschaftlich gefestigte Kraft etablieren konnten. Aber auch in Mecklenburg-Vorpommern lässt sich dieser Zusammenhang beobachten. In einer Umfrage anlässlich der Landtagswahl 2011 vertrat jeder Zehnte die Meinung: „Die NPD kümmere sich ernsthaft um die Probleme vor Ort“.⁴³ Unter ihren eigenen Anhängern ist die Zustimmung zu diesem Statement noch weit größer: Fast 90 Prozent der NPD-Wählerinnen und -Wähler bejahten diese Aussage.⁴⁴

Die Parteistrategen wissen um diese Einschätzung und haben ihre Partei entsprechend ausgerichtet. Ihr Ziel lautet, die gesellschaftliche Ausgrenzung insgesamt zu unterlaufen. Durch eine dauerhafte Präsenz im öffentlichen Raum, im täglichen Leben der Menschen soll ein Gewöhnungseffekt an die NPD und ihre menschenverachtende Ideologie erreicht werden. Und deshalb befindet sich diese Partei beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern in einer Art „Dauerwahlkampf“.⁴⁵ Diesen fährt sie mehrgleisig. Vermeintlich unpolitische Aktivitäten nutzen die NPD-Macher als „Türöffner“. Auf den in den Sommermonaten durchgeführten „Kinderfesten“ werden Eltern, während sich

42 Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), 2004, Wahlreport. Sachsen hat gewählt. Landtagswahl in Sachsen am 19. September 2004, Berlin, S. 76.

43 Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), 2011, Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011. Eine Analyse der Wahl vom 4. September 2011, Berlin, S. 30.

44 Vgl. Tagesschau.de, Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern: NPD wieder im Landtag, unter: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-09-04-LT-DE-MV/umfrage-npd.shtml> (aufgerufen am 19. Januar 2012).

45 Vgl. Marc Brandstetter, 2013, Kinderfeste hinter Stacheldraht. Die Entwicklung der NPD in Mecklenburg-Vorpommern nach der Landtagswahl 2011, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 1/2013, S. 146-157.

ihre Sprösslinge auf den Hüpfburgen austoben und den Darbietungen eines Clowns folgen, in Gespräche verwickelt. Nicht selten kommen hier dann ganz „handfeste“ Themen zur Sprache, wenn etwa die Demokraten für den drohenden „Volkstod“ – gemeint ist der demographische Wandel – verantwortlich gemacht werden.

Im politischen Tagesgeschäft setzen die NPD-Strategen auf ihre Bürgernähe. Dazu dienen ihr selbst landesweite Szenetreffpunkte wie das „Thinghaus“ in Grevesmühlen, das zu den wichtigsten Logistikzentren der Nordost-NPD gehört.⁴⁶ Das mit Palisadenzaun und Stacheldraht gut gesicherte Gebäude gehört dem einstigen NPD-Landesvorstandmitglied Sven Krüger, einem derzeit in Haft sitzenden Neonazi, dem eine Führungsrolle bei den „Hammerskins“ nachgesagt wird. Und dorthin lädt die NPD – mit einigem Erfolg – zum „Sehen, Reden, Kennenlernen“ ein. Erst vor wenigen Monaten gelangte darüber hinaus das „Hotel Stadt Hamburg“ im Heimatort Lübtheen des NPD-Fraktionsvorsitzenden von Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, in die Hände der „Bewegung“. In dessen „Kulturraum“, nur einen Steinwurf von dem gemeinsamen Bürgerbüro der Parteigrößen Pastörs und seines Landtagskollegen Stefan Köster entfernt, finden „Handarbeitstreffen“ oder „Spieleabende“ genauso wie „politische Diskussionsrunden“ statt. Obwohl die NPD nach außen nicht als Veranstalterin auftritt, bestehen keine Zweifel an ihrem Einfluss: Zu den Referenten gehörten der sächsische NPD-Abgeordnete Arne Schimmer, der über „Europa am Abgrund! Eurokrise und Finanzdiktatur“ sprach, der einstige Chef der verbotenen neonationalsozialistischen „Wiking Jugend“ (WJ), Wolfram Nahrath, oder der bekannte Holocaust-Leugner Dr. Rigolf Hennig.

Den einst von Leichsenring eingeschlagenen Weg führt Udo Pastörs in Mecklenburg-Vorpommern mit aller Konsequenz fort. Akribisch erarbeitete sich der 60-Jährige seinen Platz in der Dorfgemeinschaft von Lübtheen: Unentwegt suchte der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende das Gespräch mit seinen neuen Nachbarn, den Gewerbetreibenden im Ort, regelmäßig besuchte er eine Gaststätte, um Kontakte zu knüpfen. Hierfür nutzte er auch seinen Uhrenladen, den er darüber hinaus von ortsansässigen Handwerksfirmen hatte sanieren

46 Vgl. Roman Heflik: Grevesmühlen ist die Festung der Extremisten, in: Hamburger Abendblatt vom 29. August 2011.

lassen (genau wie sein Anwesen im Ortsteil Briest), was seine Sympathiewerte bei den Alteingesessenen weiter steigen ließ.⁴⁷ „Da haben mich die Leute nicht mit Schlips und Kragen gesehen, sondern auf dem Gerüst, schwer arbeitend. Das ist der Einstieg. Dann haben wir weitergearbeitet. Politisch“,⁴⁸ erklärte er gegenüber dem Stern.

Ein weiteres Standbein ihrer Strategie ist für die NPD-Führung die Schaffung einer „Gegenöffentlichkeit“. Hierzu setzt sie neben dem Internet – besonders in den sozialen Medien zeigt sich die NPD als Vorreiter – auf kostenlose Informationszeitungen, die erst auf den zweiten Blick als NPD-Propagandahefte zu erkennen sind. Trät bis zu seiner Selbstauflösung 2011 der Verein „Initiative für Volksaufklärung“ als Herausgeber dieser Tarnblättchen auf, werden sie nun presserechtlich von lokalen Funktionären verantwortet. In mehr oder weniger regelmäßigen Abständen verbreiten die Verfasser in verschiedenen Regionalausgaben darin Nachrichten aus der NPD-Fraktion oder der Landespartei. Lokale Themen greifen die „Boten“ gern auf, oft sind auch Aufforderungen an die Leser enthalten, selbst aktiv zu werden, mit der NPD in Kontakt zu treten oder sich direkt dieser anzuschließen. Ein Terminkalender mit Hinweisen zu Veranstaltungen der Partei oder ihr nahestehender Organisationen runden die rechtsextremistischen Propaganda-Postillen ab.

Voraussetzung dafür, dass die NPD überhaupt als „Kümmerer“ in Erscheinung treten kann, ist ein gesellschaftliches Vakuum. Die NPD beißt sich dort fest, wo die demokratischen Parteien, die Kirchen, die Gewerkschaften oder andere Vereine die Menschen nur (noch) schlecht erreichen. Deshalb zeigt sich die Partei auch in den Regionen Ostvorpommern besonders aktiv. Ihr Angebot bedient die vorhandene Nachfrage. Mit Kinderfesten, Fußballturnieren oder kostenlosen Nachhilfestunden nimmt sie die Bevölkerung für sich ein. Ihre „Macher“ sprechen Themen an, die den Menschen am Herzen liegen. Einige Probleme, wie die höhere Kriminalitätsrate in den Grenzregionen zu Polen oder Tschechien, bedienen die demokratischen Parteien schwach. Die Menschen beschäftigt die

47 Vgl. Arne Lehmann, 2010, Region Lübtheen, in: Hubertus Buchstein/Gudrun Heinrich (Hrsg.): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum, Schwalbach/Taunus, S. 247-338, hier 267f.

48 Udo Pastörs, zitiert nach: Martin Knobbe/Gerald Drissner: „Krankhafte Keime“, in: Der Stern, Nr. 37/2006.

Ausblutung ihrer Regionen sehr. Im Landtag von Schwerin greift die NPD oft die Abwanderungsproblematik auf und fordert sogar ein eigenes Programm „Wir kommen zurück – wir packen an“.⁴⁹ Es verwundert nicht, dass der rechtsextremistischen Partei hier besondere Kompetenzen zugeschrieben werden. 60 Prozent ihrer Wähler gaben an, die NPD sei in der Lage, die Abwanderung und den Niedergang ihres Bundeslandes zu stoppen.⁵⁰

Die NPD wird in diesen Regionen nicht als systemoppositionelle Kraft wahrgenommen, sondern vielmehr als „normale“ Partei. Für jeden Fünften ist sie „eine Partei wie alle anderen“.⁵¹ Die Parteistrategen haben sich selbst eine gewisse ideologische Zurückhaltung auferlegt, um nicht mit der Tür ins Haus zu fallen. Lokalpolitische Themen stehen im Vordergrund, ihre antidemokratischen Ansichten verbergen sie hinter einer bürgerlichen Fassade. Der ehemalige Bundesvorsitzende Voigt riet seiner Partei: „Ich muss also immer erst durch meine Person und meine Argumentation überzeugen und dann als Aha-Erlebnis die Katze aus dem Sack lassen und mich zur NPD bekennen.“⁵² Gleichwohl ist die Umsetzung dieser „Verbürgerlichungsstrategie“ auf wenige Schwerpunktregionen begrenzt, denn die Personaldecke der Rechtsextremisten ist zu dünn, um damit in Ost und West erfolgreich zu fahren.

4. Ideologisch-strategische Neuausrichtung

4.1. Programmatische Radikalisierung

Wer die „alte“ NPD mit der „neuen“ vergleicht, stellt in ihrer Programmatik grundlegende Unterschiede fest. Vor 1996 war sie darauf bedacht, nach außen den Schein einer auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden Partei aufrechtzuerhalten, heute verzichtet sie auf Mimikry. In ihren Parteiprogrammen formuliert sie ihre Anliegen dennoch „behutsam“. Das aktuelle „Bamberger Programm“ (2010) ist keine Ausnahme; es ist ausführlicher als sein Vorgänger

49 Vgl. Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache Nr. 5/4327.

50 Vgl. Tagesschau.de, Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern: NPD wieder im Landtag, unter: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-09-04-LT-DE-MV/umfrage-npd.shtml> (aufgerufen am 19. Januar 2012).

51 Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), 2004, Wahlreport. Sachsen hat gewählt. Landtagswahl in Sachsen am 19. September 2004, Berlin, S. 76.

52 Udo Voigt, zitiert nach: Deutsche Stimme, Nr. 8/2003.

von 1996, hat aber die gleiche Stoßrichtung. In internen Schulungsmaterialien und in der Deutschen Stimme wird aber Tacheles geredet. Die NPD ist eine Anti-Systempartei, sie möchte die Bundesrepublik „abwickeln“. Der Kitt der Systemfeindschaft hält die unterschiedlichen Parteiströmungen zusammen, nur über den richtigen Kurs herrscht Uneinigkeit: Während die einen einem bürgerlichen Auftreten und einer programmatischen Mäßigung ohne offensichtlichen Bezug zum historischen Nationalsozialismus den Vorzug geben, setzen andere auf Revolutionsrhetorik und Umsturzphantasien.

4.2. Die „Volksgemeinschaft“ als Ideologiefundament

Das Grundgerüst der NPD-Weltanschauung ist die Ideologie der Volksgemeinschaft. Diese sei Ausdruck des biologisch determinierten „lebensrichtigen Menschenbildes“. Das Volk wird ethnisch als Gemeinschaft der Deutschen und nicht in einem politischen Sinn als Gesellschaft der Bürger verstanden.⁵³ Hier schlägt Rassismus in seiner reinsten Form durch, die biologische Abstammung bestimmt die Zugehörigkeit zu einem Volk. In ihrer Argumentationshilfe schreiben die Rechtsextremisten: „Deutscher ist, wer deutscher Herkunft ist und damit in die ethnisch-kulturelle Gemeinschaft des deutschen Volkes hineingeboren wurde.“ Weiter heißt es: „Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung eines bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind.“⁵⁴

Das Ziel der Partei ist die Schaffung eines ethnisch homogenen Deutschlands, hier lebende Ausländer sollen in ihre Heimatländer „zurückgeführt“ werden, wie es im NPD-Jargon heißt. In ihrem „Fünf-Punkte-Plan zur Ausländerrückführung“ behauptete sie, davon würden „Ausländer“ und „Deutsche“ gleichermaßen profitieren. Tatsächlich entwirft sie ein Vertreibungsprogramm gigantischen

53 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, 2008, Der „zweite Frühling“ der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei, St. Augustin/Berlin., S. 37.

54 NPD-Parteivorstand (Hrsg.), 2006, Argumente für Kandidaten und Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung, Zweite Auflage, Berlin, S. 12.

Ausmaßes, das keinesfalls ohne den Einsatz von Zwangsmaßnahmen umzusetzen wäre.⁵⁵ Ein fremdenfeindliches Gesicht kann man nicht offener zeigen.

In der Wahl ihrer Mittel ist die NPD also nicht zimperlich. Trotzdem lehnt sie Gewalt (noch) ab, um nicht an Wählerzuspruch zu verlieren. Unverhohlen droht sie den heutigen demokratischen Eliten nach ihrer Machtübernahme Konsequenzen an: „Die NPD ist nicht nur der Garant für eine neue Ordnung, sondern wird auch die zur Rechenschaft ziehen, die sich am Wohl des Volkes vergangen haben.“⁵⁶

4.3. „Nationaler Sozialismus“ – Auf den Spuren der NSDAP

Die heutige NPD vertritt ein antikapitalistisches Weltbild, das sich sozialrevolutionär äußert. Ihren „Nationalen Sozialismus“ unterscheidet sie vom herkömmlichen Sozialismusbegriff der Linken. Den Klassenkampf möchte sie auf der Straße ausfechten, zahlreiche Demonstrationen mit entsprechendem Motto („Arbeit durch Systemwechsel – Nationaler Sozialismus schafft Arbeit“) oder die regelmäßigen Aufmärsche am 1. Mai zeugen davon. Sie konstruiert einen direkten Zusammenhang zwischen Einwanderung und Arbeitslosigkeit. Deutschland könne nur Sozialstaat oder Einwanderungsland sein.⁵⁷ Diese programmatische Kurskorrektur bedeutet mithin den größten Bruch mit der eigenen Vergangenheit. Für den Rechtsextremismus der Nachkriegszeit hatten sozialpolitische Themen eine randständige Bedeutung. Nicht so bei der NSDAP. Bewusst greift die NPD auf NS-Termini („Zinsknechtschaft“) zurück. Wer die Programmatik der NSDAP der 1920er Jahre mit der der heutigen NPD vergleicht, stellt auffallend viele Übereinstimmungen fest.⁵⁸

„Soziale“ Themen sind in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs dankbare Wahlkampfmunition. Mit ihren Abschottungsparolen bedient die Partei die Schutzbedürfnisse der Bevölkerung, sie dient dem „kleinen Mann“ als

55 Vgl. Steffen Kailitz, 2007, Das nationalsozialistische Vertreibungs- und Nationalisierungsprojekt der NPD, in: Politische Studien, Themenheft, Nr. 1/2007, S. 44-53.

56 Deutsche Stimme, Nr. 9/1996, S. 2

57 Vgl. Steffen Kailitz, 2007, Das nationalsozialistische Vertreibungs- und Nationalisierungsprojekt der NPD, in: Politische Studien, Themenheft, Nr. 1/2007, S. 49

58 Vgl. Armin Pfahl-Traugher, 2008, Der „zweite Frühling“ der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei, St. Augustin/Berlin.

Sprachrohr. Parteistrategen wie Jürgen Gansel fordern daher die „Nationalisierung“ der sozialen Frage: „Adolf Hitler und der historische Nationalsozialismus sind nun halt einmal Vergangenheit und nichts als Vergangenheit, Verausländerung, Hartz IV, EU-Fremdbestimmung und Globalisierung aber bittere Gegenwart.“⁵⁹ Ganz so einfach wie von Gansel gefordert, löst sich die Partei nicht von der deutschen Vergangenheit. Denn trotz aller anderslautenden Bekundungen und den Versuchen einer gemäßigteren Außendarstellung, bleibt die NS-Weltanschauung ein identitätsstiftendes Merkmal.

In der an Verschwörungstheorien reichen NPD-Ideologie sind positive Aspekte rar gesät. Zu den wenigen gehört eine positive Bezugnahme auf die Wehrmacht oder bestimmte Führungsfiguren des Nationalsozialismus, die teilweise eine geradezu religiöse Verehrung erfahren. Im Gedenken an den „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Hess, dessen „Unbeugsamkeit“ besondere Bewunderung widerfährt, marschieren hunderte Neonazis durch die Straßen. Udo Pastörs, Vorsitzender der Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern, stilisiert den verurteilten Kriegsverbrecher zu einem bewundernswerten Idealisten, vergleichbar mit dem indischen Anführer der gewaltfreien Autonomiebewegung gegen die britische Kolonialmacht, Mahatma Gandhi.⁶⁰

Im offiziellen Parteiprogramm fehlt zwar ein eindeutiges Bekenntnis zum Dritten Reich – wo es nötig ist, wahrt die NPD aus taktischen Gründen Distanz – die Relativierung des Nationalsozialismus zieht sich dessen ungeachtet wie ein roter Faden durch ihre Historie. Seit der Einstellung des Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht lassen führende Kader ihre Zurückhaltung zunehmend fallen.⁶¹ Die nationalsozialistische Terrorherrschaft verteidigt die Partei nicht in toto – es werden vielmehr vermeintliche „Erfolge“ wie die „Überwindung des zersetzenden Klassenkampfes“ herausgegriffen. Die Verbrechen des NS-Regimes werden beschönigt, herunter gerechnet und geleugnet. Hitlers Angriffskrieg wird

59 Jürgen Gansel, Deutsche Stimme Nr. 11/2005, S. 16.

60 Vgl. Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.), 2009, Verfassungsschutzbericht 2008, Magdeburg, S. 64.

61 Vgl. Christoph Kopke, 2008, Steht die NPD in der Tradition der NSDAP?, in: Fabian Virchow/Christian Dornbusch (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können, Schwalbach/Taunus., S. 36-38, hier S. 38.

zur Selbstverteidigungsmaßnahme umgedeutet. Die NPD versucht, das Geschichtsbild über den Nationalsozialismus zugunsten einer wohlwollenden bis rechtfertigenden Betrachtung zu korrigieren. Schnell wird der Nationalsozialismus zu einem „einzigartigen Lebensentwurf“, der 1945 vor einem „Pseudotribunal“ [gemeint sind die Nürnberger Prozesse, d. Verf.] vom „Bolschewismus und von den liberalistischen USA unterjocht und abgeurteilt“ wurde.⁶²

Die Globalisierung wird zum KampftHEMA der NPD, was auf ihrer antikapitalistischen Grundhaltung beruht. Die mit der Globalisierung einhergehenden weltweiten ökonomisch-sozialen und politisch-kulturellen Veränderungen bieten gute Anknüpfungspunkte für die rechtsextremistische Ideologie. Sie möchte den Globalisierungsprozess nicht gestalten, sondern lehnt vielmehr die Interdependenz der Staaten generell ab. Die NPD wertet die Globalisierung als Angriff auf die „Volkssubstanz“.⁶³

Die Absage an die Globalisierung speist sich aus zwei Quellen, die miteinander zusammenhängen: In den USA glaubt die NPD all das zu erkennen, was sie verachtet: ein klassisches Einwanderungsland ohne Staatsvolk im Sinne der „Volksgemeinschaftsideologie“ und einen Hort des Kapitalismus. Ihr Anti-Amerikanismus kommt nicht plump daher, er ist vielmehr die prinzipielle Ablehnung des liberalen Demokratiemodells westlicher Prägung. In der NPD-Vorstellung sind die „Amerikaner“ bzw. die amerikanische Regierung Marionetten ihrer zweiten – neben den „Ausländern – wichtigen Feindprojektion: den „Juden“. Offene antisemitische Anfeindungen vermeidet sie in Kenntnis der deutschen Strafgesetzgebung. Dafür greift sie auf bestimmte Chiffren zurück, die jeder Rechtsextremist verstehen kann: „Es handelt sich bei der Globalisierung um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des *Großen Geldes*. Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der *Ostküste* der USA. Deshalb ist Globalisierung eine unverblümete Imperialismusstrategie der USA, um der ganzen Welt den von US-Konzernen ausbeutbaren American Way of Life – besser: American Way of Death –

62 Udo Voigt in einer Demonstrationsrede am 14. Oktober 2006 in Nürnberg, Verfassungsschutzbericht 2006, Drucksache Nr. 16/1358, S. 22.

63 Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.), 2004, Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland, Berlin, S. 66.

aufzuzwingen.“⁶⁴ Die NPD suggeriert, die sozialen Verwerfungen in Deutschland seien eine direkte Folge der Globalisierung und somit Teil der „jüdischen Weltverschwörung“.⁶⁵

Die „Juden“ gelten als Wurzel allen Übels. Sie folgen angeblich einem ausgeklügelten Masterplan zur Unterdrückung aller „freiheitsliebenden“ Völker, vor allem zur Manipulation und letztendlich zur Vernichtung des deutschen Volkes. Dazu schreibt die Deutsche Stimme: „Das, was zu Beginn des Weltkrieges die beiden US-Liberalen Morgenthau und Kaufman, beide Volksgenossen von Ignatz Bubis, mit Deutschland nach dessen Niederwerfung vorhatten, nämlich die Liquidierung des deutschen Volkes durch Massenverschleppung, Aushungern, Ausmordung und Sterilisation der verbliebenen Männer und Masseneinwanderung raumfremder Ausländer mit dem Ziel der »Durchrassung« des deutschen Restvolkes, wird heute im Zeitalter der »Menschenrechte« von interessierter Seite mit etwas »humaneren« Mitteln umgesetzt.“⁶⁶

4.4. Die „Vier-Säulen-Strategie“

Ende der neunziger Jahre brauchte es mehr als eine ideologische Kehrtwende, sollte der Ausbruch aus der politischen Bedeutungslosigkeit gelingen. Die NPD musste eine politische Nische finden, um überleben zu können. Zwischen den gemäßigeren, aber ungleich erfolgreicherem „rechten“ Wahlparteien REP und DVU sowie den nichtorganisierten Neonazis war die Luft dünn geworden. Auf dem Parteitag in Stavenhagen (Mecklenburg-Vorpommern) verabschiedete die Partei 1998 ein Papier, das deutlich die Handschrift Udo Voigts trug, und das den zukünftigen Weg der NPD prägen sollte. Mit der neuen Strategie der „Drei Säulen“ trug die NPD-Führung einer veränderten Partei Rechnung. Fortan sollten für die mittelfristige politische Auseinandersetzung drei strategische Agitationsfelder nebeneinander stehen: Der „Kampf um die Straße“, der „Kampf

64 Zitiert nach: NPD-Parteivorstand (Hrsg.), 2004, Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland, Berlin, S. 19.

65 Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.), 2004, Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland, Berlin, S. 16.

66 Vgl. Deutsche Stimme, Nr. 1/1999, S. 2.

um die Köpfe“ und der „Kampf um die Parlamente“.⁶⁷ Die vierte Säule, den „Kampf um den organisierten Willen“, nahm die Partei später in ihren Aktionsplan auf.

4.4.1. „Der Kampf um die Straße“

Das Konzept basierte auf der Überlegung, dass eine weitgehend isolierte Partei wie die NPD, die „kaum finanzielle Förderer hat und allein auf die Einsatzbereitschaft ihrer Mitglieder und Sympathisanten angewiesen ist“, eine „Massenwirkung nur durch die Mobilisierung der Straße“ erreichen könne.⁶⁸ In der Tat stellten sich in den nächsten Jahren kleinere Erfolge ein, die Partei gewann ihre Mobilisierungsfähigkeit zurück. Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ des Hamburger Institutes für Sozialforschung bot einen willkommenen Anlass. 1997 marschierten auf einer von NPD und JN organisierten Kundgebung in München rund 4.000 alte und junge Rechtsextremisten – bei gerade einmal 4.300 Mitgliedern – gegen die „volksverhetzende, antideutsche Schandausstellung“.⁶⁹ Während die Wirkung solcher Demonstrationen nach außen begrenzt ist, erfüllen die Gemeinschaftserlebnisse nach innen wichtige Funktionen: Die „Szene“ wird zusammengeschweißt und politisiert, es werden Kontakte oder Netzwerke geknüpft, neue Führungskräfte werden geformt. Zugleich stellt die „Bewegung“ ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis, was unter den Anhängern Motivationsschübe auslöst.⁷⁰

4.4.2. „Der Kampf um die Parlamente“

67 Vgl. NPD-Parteivorstand, 1999, Das strategische Konzept der NPD, in: Holger Apfel, (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei, Stuttgart, S. 356-360.

68 Vgl. NPD-Parteivorstand, 1999, Das strategische Konzept der NPD, in: Holger Apfel, (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei, Stuttgart, S. 360.

69 <http://de.wikipedia.org/wiki/Wehrmachtsausstellung> (angesehen am 19.09.2013)

70 Vgl. Fabian Virchow, 2006, Dimensionen der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Andreas Klärner/Michael Kohlstruck (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg, S. 68-101, hier S. 82-88.

Der bereits 1998 beschlossene Strategiebaustein „Kampf um die Parlamente“ rückt seit 2004 stärker in den Fokus der Partei. Durch den „Kampf um die Straße“ soll eine dauerhafte Etablierung in den Parlamenten vorbereitet werden.⁷¹ Auch banale Gründe sprachen für diese Kräfteänderung im Strategiegefüge: Für die Bürger seien nur die politischen Gruppierungen glaubwürdig, die an Wahlen teilnahmen. Außerdem sei die NPD gezwungen, diesen Weg zu gehen, wolle sie weiter in den Genuss des Parteienprivilegs kommen. Ohne Wahlteilnahmen würde die Partei den „Bezug zum Volk verlieren“ sowie zum „Sektendasein verkümmern“, erklärte der Bundesvorsitzende in der Deutschen Stimme. Und schließlich gibt er zu, erfolgreiche Kandidaturen spülten dringend benötigtes Geld in die klammen Kassen.⁷² Über den Umweg kommunaler Wahlen möchte die NPD den Sprung in die Landesparlamente und später den Bundestag vorbereiten, sie seien „das Fundament der politischen Arbeit“ und damit ein wichtiges Standbein des Konzepts. Kommunale Mandatsträger verliehen der Partei ein Gesicht; durch die persönliche Wähleransprache zeige die NPD, dass sie mehr sei als eine „Briefkastenpartei“.⁷³ Um potentiellen NPD-Ratsherren (Ratsfrauen sind rar) das nötige Rüstzeug zu geben, gründete die NPD 2003 die „Kommunalpolitische Vereinigung“ (KPV). Sie soll als Dachverband aller NPD-Kommunalpolitiker fungieren und diesen in Wahlkämpfen beratend zur Seite stehen.⁷⁴ Diesen hohen Anspruch kann die KPV, die von dem Dresdner NPD-Stadtrat Hartmut Krien geführt wird, kaum einlösen.

4.4.3. „Der Kampf um die Köpfe“

Mit dem „Kampf um die Köpfe“ schließt sich die ursprüngliche NPD-Strategie. Die Parteiführung greift für dieses ambitionierte Projekt auf die Theorien des italienischen Kommunistenführers Antonio Gramsci (1891-1937) zurück: Durch die Erlangung der gesellschaftlichen Hegemonie solle die Wertebasis der

71 Vgl. Deutsche Stimme, Nr. 6/2000, S. 2.

72 Vgl. Deutsche Stimme, Nr. 4/2004, S. 2.

73 Vgl. Udo Voigt, 1999, Mit der NPO auf dem Weg ins neue Jahrtausend, in: Holger Apfel (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Rechtspartei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, Stuttgart, S. 470.

74 Vgl. Blick nach Rechts, Nr. 20/2003.

bürgerlichen Gesellschaft untergraben werden.⁷⁵ Deshalb solle nicht nur die Programmatik weiterentwickelt und „Köpfe“ über das eigene Milieu hinaus gewonnen werden, sondern die Deutschen vom „Denken der Alliierten“ befreit werden.⁷⁶ Diese „völkische Graswurzelrevolution“⁷⁷ zielt darauf ab, ausgehend von einer lokalen Verankerung in den Kommunen Ostdeutschlands, in die „Mitte der Gesellschaft“ vorzudringen. Zugleich bemüht sich die NPD-Führungsetage um eine Intellektualisierung der Partei.

Die sächsische Fraktion rief im April 2005 das „Bildungswerk für Heimat und nationale Identität“ ins Leben. Ihm fällt die Aufgabe zu, das Gedankengut der „Dresdner Schule“, die sich als intellektueller Gegenentwurf zur sogenannten „Frankfurter Schule“ um die Philosophen Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse versteht, zu verbreiten. Mit der sogenannten Wortergreifungsstrategie findet der „Kampf um die Köpfe“ seine Fortsetzung. Die Parteiführung fordert geschulte Kader auf, Veranstaltungen des politischen Gegners zu besuchen, um diesen verbal zu attackieren, zu provozieren und möglichst bloßzustellen.⁷⁸ Die entsprechenden Versuche scheitern oft, was nicht zuletzt dem Mangel an qualifiziertem Personal geschuldet ist. In der Breite ist die „Wortergreifungsstrategie“ nach wie vor „mehr Fiktion als Faktum“.⁷⁹ Die Anstrengungen sind weitgehend in den Kinderschuhen steckengeblieben, nachhaltige intellektuelle Impulse sind davon nicht ausgegangen – offenbar, weil das Interesse der Basis am „geistigen Kampf“ gegen die Bundesrepublik gering ist.

75 Vgl. Rudolf van Hüllen, 2008, Das Rechtsextreme Bündnis: Aktionsformen und Inhalte, St. Augustin/Berlin, S. 34.

76 Vgl. Marc Brandstetter, 2006, Die vier Säulen der NPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, S. 1029-1031, hier S. 1030.

77 Jürgen Gansel, Pressemitteilung des NPD-Landesverbandes Sachsen vom 21. September 2006: „Die nationale Achse Dresden – Berlin – Schwerin“.

78 Vgl. Marc Brandstetter, 2006, Die vier Säulen der NPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, S. 1029-1031, hier S. 1030.

79 Eckhard Jesse, 2008, Die Vier-Säulen-Strategie der NPD. Eine Analyse zu Anspruch und Wirklichkeit ihrer Umsetzung, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung, Brühl, S. 178-192, hier S. 188.

4.4.4. „Der Kampf um den organisierten Willen“

Im Vorfeld zweier Landtagswahlen 2004 schlossen die beiden Vorstände von DVU und NPD eine Kooperation: Nur jeweils eine Partei sollte antreten und gleichzeitig sollten ihre Mitglieder den neuen Partner unterstützen. Diese Absprache war erfolgreich, ohne „nationale“ Konkurrenz glückte der DVU in Brandenburg und der NPD in Sachsen der Sprung auf die Parlamentsbänke. Euphorisiert erweiterten die beiden Parteichefs, Gerhard Frey und Udo Voigt, die Vereinbarung auf die nachfolgenden Urnengänge und riefen den großspurig betitelten „Deutschland-Pakt“ aus. Damit sich der Pakt in die „Drei-Säulen-Strategie“ der NPD einfügen ließ, erfand Voigt die sperrige Umschreibung „Kampf um den organisierten Willen“. Diese, nun vierte Säule der NPD-Strategie, bezieht nicht nur die DVU, sondern schließt auch die neonationalsozialistischen „Freien Kameradschaften“ ein. Gern hätten NPD und DVU in ihre Wahlabsprache die Republikaner, die Deutsche Soziale Union (DSU) und die Deutsche Partei (DP) integriert, bis auf letztere erhielten sie nur schroff formulierte Absagen. Schon bei der Proklamation war der Pakt, trotz seiner anfänglichen Erfolge, nicht unumstritten. Zu weit lagen DVU und NPD in zentralen ideologischen Fragen auseinander. Hinter vorgehaltener Hand sprachen NPD-Funktionäre von einer „Zweckgemeinschaft, nicht von einer Liebesheirat“. Der „Deutschland-Pakt“ war weniger Ausdruck einer ernsthaften Bündnispolitik, sondern das Resultat strategischer Notwendigkeiten.

Da in der Folge Wahlerfolge ausblieben und sich das Siechtum der DVU fortsetzte, erstarkten an der NPD-Basis die skeptischen Stimmen. Eine erste Aufweichung erfolgte 2009 in Thüringen, wo nach zähen Verhandlungen der NPD-Landesverband anstelle der vorgesehenen DVU kandidierte. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament versagte die DVU, bei der mit Andreas Molau mittlerweile ein gescheiterter „NPD-Modernisierer“ angeheuert hatte,⁸⁰ mit ihrem neuen Konzept einer rechtspopulistisch ausgerichteten Partei: Nur 0,4 Prozent der Wähler gaben ihr die Stimme. Die NPD-Führung ergriff die Gelegenheit, und

80 Andreas Molau, der vorübergehend sogar als NPD-Bundesvorsitzender im Gespräch war, ist mittlerweile aus der rechtsextremistischen Szene ausgestiegen. Vgl. Angelika Henkel/Stefan Schölmermann, Rechter Vordenker kehrt Szene den Rücken, unter: http://www.ndr.de/regional/dossiers/der_norden_schaut_hin/molau101.html (eingesehen am 14. Juni 2013).

versetzte der angeschlagenen einstigen Bündnis-Partnerin den Dolchstoß. Der „Pakt“ wurde aufgekündigt, zur Landtagswahl in Brandenburg trat man selbst an. Es folgte eine heftige Schlammschlacht, an deren Ende eine überraschende Erkenntnis stand: Ein Rückfall in das überwunden geglaubte Stadium der Parteienzersplitterung minderte die eigenen Chancen.

Eine Fusion sollte NPD und DVU aus „dem Tal der Tränen“ herausführen. Die weitreichenden Pläne scheiterten aber am Dilettantismus der Parteivorstände.⁸¹ Entgegen aller Verlautbarungen war es keine Vereinigung auf Augenhöhe, die NPD integrierte die Restbestände der DVU. Da einige DVU-Landesverbände ihr Aufgehen in der NPD verhindern wollten, klagten sie gegen den Fusionsvertrag.⁸² Die „einer nationalen Proklamation größten Ausmaßes gleich[kommende]“⁸³ Vereinigung konnte nie in trockene Tücher gepackt werden. Das Landgericht München stimmte zwar der Eröffnung eines „Hauptsacheverfahrens“ zu,⁸⁴ ließ aber bald durchblicken, dass es der Argumentation der letzten verbliebenen DVU-Anhänger nicht folgen würde. Daraufhin löste sich die DVU, die 1998 in Sachsen-Anhalt mit 12,9 Prozent das bis heute höchste Wahlergebnis einer rechtsextremistischen Partei eingefahren hatte, im Mai 2012 sang und klanglos auf.⁸⁵ Die Vereinigung von NPD und DVU war daher keinesfalls der beabsichtigte große Wurf und blieb weit hinter den (hohen) Erwartungen zurück. Die NPD bediente sich aus der Konkursmasse der DVU, die, nüchtern betrachtet, ohnehin gering war. Auch wenn die Apfel-Partei die DVU schluckte, legte sie freilich nicht an Gewicht zu.

Auf der anderen Seite des rechtsextremistischen Spektrums versuchte die NPD, die „Freien Kameradschaften“ einzubinden. Unmittelbar vor der sächsischen Landtagswahl 2004 traten mit Thomas „Steiner“ Wulff, Thorsten Heise und Ralph Tegethoff drei führende Neonazis der NPD bei. Bei der Namensfindung bediente

81 Vgl. Ines Wallrodt, 2011, Rechtsradikal im Abwärtssog, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 4/2011, S. 20-23.

82 Vgl. Lars Normann, 2011, Vorstandswechsel, Fusion und Ende der „Phantompartei“ DVU, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 23, Baden-Baden, S. 165-184, hier S. 180-184.

82 Udo Voigt, Gemeinsam stärker – 24 Prozent in Laucha, unter: <http://www.npd.de/html/714/artikel/detail/1956/> (eingesehen am 20. April 2011)

84 Vgl. Beschluss des Landgerichtes München I vom 27. Mai 2011 bzw. vom 30. Mai 2011, Aktenzeichen 20 O 11096/11.

85 Vgl. Ex-DVU Berlin: Das Ende der DVU. Der letzte Eintrag, unter: <http://www.dvu-berlin.info/aktuelles.html> (eingesehen am 15. Juni 2013).

man sich freimütig – wieder einmal – bei der Linken, und nannte das neue Bündnis „Volksfront von rechts“. Von der Allianz versuchten beide Strömungen zu profitieren: Die Neonazis hofften auf ein legales Dach für ihre Agitation, die NPD auf Stärkung der dünnen Personaldecke. Geschickt hatte die Parteispitze ihre Basis auf eine weitere (personelle) Radikalisierung vorbereitet, in der Deutschen Stimme explodierten im ersten Halbjahr 2004 die Artikel mit neonationalsozialistischer Stoßrichtung.⁸⁶ Für den deutschen Neonationalsozialismus avancierte die NPD nun vollständig zur attraktivsten Partei. Eine Trennung der beiden Flügel der rechtsextremistischen Bewegung kann heute nicht aufrechterhalten werden, zu eng sind die Verflechtungen zwischen NPD und Neonazis in einigen Bundesländern.

Bald setzte jedoch Ernüchterung ein. Ein Ansturm auf NPD-Parteibücher war nicht zu verzeichnen. „Gemäßigtere“ Funktionäre machten sich Sorgen um das Parteiimage. Die Radikalität einiger Neumitglieder gefährdete die bürgerliche Außendarstellung und damit eventuelle Wahlerfolge. Demgegenüber mahnten parteifreie Aktivisten mangelnde Unterstützung an. Harsche Kritik musste sich die NPD-Spitze für den „Deutschland-Pakt“ mit der betulichen DVU gefallen lassen. Eine Kooperation mit dem Geschäftemacher Frey passe nicht in das antikapitalistische Weltbild von NPD und „Freien Kameradschaften“.⁸⁷ Die Auseinandersetzung um die sogenannten Autonomen Nationalisten (AN) sorgte ebenfalls für Zündstoff. Während sich die NPD-Führung von dem am linken Habitus und Kleidung angelehnten Arm der „Freien Kameradschaften“ distanzierte, suchten naturgemäß Teile von diesen den Schulterchluss mit den AN. Die Neonazis drohten, das „Volksfront-Konzept“ platzen zu lassen, da die NPD auf den bürgerlichen Weg zurückgekehrt sei.⁸⁸

Die „Vier-Säulen-Strategie“ krankt an Widersprüchen, sie ist keinesfalls so durchdacht, wie die NPD suggerieren möchte. Der „Kampf um die Straße“ und der „Kampf um die Parlamente“ sind nur schwer vereinbar, auf Dauer wird der

86 Vgl. Walter Jung, 2008, Neonazismus in der Deutschen Stimme: Eine ideologietheoretische Analyse der NPD-Parteizeitung, in: Armin Pfahl-Traughber, (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl, S. 193-246, hier S. 210.

87 Vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), 2007, Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin, S. 70.

88 Vgl. Marc Brandstetter, 2009, Feinde im Alltag, Brüder im Geiste – Autonome Nationalisten im Vergleich zu den linksextremen Autonomen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 20, Baden-Baden 2009 S. 185-203, besonders S. 197-201.

Spagat zwischen bürgerlicher „Kümmerer-Partei“ und außerparlamentarischer Bewegungsformation mit antikapitalistischer Attitüde misslingen. Die vierte Säule, die „Volksfront“, ist zum Einfallstor für Neonazis geworden, die mit ihren Vorstellungen die Partei weiter radikalisieren.

5. Die NPD unter Holger Apfel: Neue Führung, neuer Kurs?

5.1. Ungleiche Partner: Gemeinsamer Putsch von Tauben und Falken

Mit der Wahl Holger Apfels an die NPD-Spitze am 4. November 2011 ging eine Ära zu Ende. Der bisherige Vorsitzende Voigt hatte der Partei insgesamt 15 Jahre vorgestanden und die Grundlagen für ihre Konsolidierung gelegt. Seit 2008 sah er sich heftiger Kritik ausgesetzt, eine nicht aufgearbeitete Finanzaffäre, ein Schlingerkurs in weltanschaulichen Fragen sowie die strategische Konzeptlosigkeit verprellten die Basis. Voigt musste seine Energie darauf verwenden, sich auf dem Chefsessel zu halten. Zeit für politische Visionen blieb da kaum.

Einen ersten Putschversuch konnte er 2008/2009 abwehren. Beinahe wäre er über die kriminellen Machenschaften des damaligen NPD-Schatzmeisters und engen Freundes Erwin Kemna gestolpert, der fast eine dreiviertel Million Euro aus der NPD-Kasse abgezweigt hatte, um sie in seinen maroden Betrieb zu stecken. Die Herausforderer um Holger Apfel und den Schweriner NPD-Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs begingen aber einen strategischen Fehler. Sie schickten Andreas Molau, einen der wenigen Intellektuellen der Partei, in den Ring. Molau dachte nicht daran, sich mit der Rolle einer bloßen Marionette abzufinden und entwickelte eigene Vorstellungen, was seinen Förderern überhaupt nicht gefiel: Er wollte die NPD in gemäßigte, neu-rechte Fahrwasser lenken. Die offene Flanke nahm Voigt dankbar an. Ein gemeinsames Bündnis mit der radikaleren Parteiströmung, angeführt von dem mittlerweile verstorbenen Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger, sicherte seine Mehrheit. Mit dem „Feindbild Molau“ war es einfach, die eigenen Reihen zu schließen. Da nutzte auch die Kehrtwende der innerparteilichen Opposition nichts, die Molau das Vertrauen entzog und mit Pastörs einen Hardliner in das Rennen schickte. Zu groß war die Angst der Basis, die Partei könne sich unter einer neuen Führung

auf einen weichgespülten Kurs begeben. Das Porzellan war zerschlagen, die „Radikalen“ hatten sich längst hinter Voigt versammelt, der um die Mehrheitsverhältnisse und die Gefühlslage seiner Partei wusste. Ohne diese Strömung ist in der NPD keine Politik zu machen. Pastörs – nicht gerade als Mann der leisen Worte bekannt – unterlag auf einem turbulenten Parteitag in Berlin 2009 mit 72 zu 136 Stimmen, obwohl er zuvor den NS-Flügel der Partei mit aggressiv-antisemitischen und fremdenfeindlichen Aussagen auf seine Seite zu ziehen versucht hatte.⁸⁹

Der zweite Griff des Duos Apfel/Pastörs nach dem Vorsitz war 2011 erfolgreich. Der Tod Riegers schwächte den radikaleren Flügel. Einige frühere Köpfe wie das ehemalige Vorstandsmitglied Thomas „Steiner“ Wulff hatten sich längst von der Bundes-NPD abgewendet und kochten im besonders radikalen Hamburger Landesverband ihr eigenes (erfolgloses) Süsschen. Trotzdem klammerte sich Voigt weiter an diesen Strohalm. In der Deutschen Stimme schrieb er: „Wir wollen keine bessere CDU oder REP werden. Wir sind und bleiben das nationale Original. Ihr kennt mich und wisst: Die NPD unter meiner Führung lässt sich nicht weichspülen.“⁹⁰ Ohne die ehemaligen Unterstützer stand Voigt ohne Hausmacht da. Eigene politische Erfolge hatte er nicht mehr vorzuweisen. Die Chance, dem Konzept der „seriösen Radikalität“ einen eigenen Vorschlag zur Ausrichtung der NPD entgegenzusetzen, hatte er verpasst. Dieses Mal sollte ihn mit Holger Apfel, dem Kopf der „gemäßigeren“ Parteiströmung und Vordenker des „sächsischen Weges“, ein Parteischwergewicht herausfordern. Apfel galt lange als „Kronprinz“, gemeinsam mit Voigt leitete er seinerzeit die ideologische und strategische Neuausrichtung ein, wenngleich er mehr im Hintergrund agierte. Die Partei liebt ihn nicht, respektiert ihn aber für seine Verdienste.

Mit seinem Gönner und Förderer Voigt hatte sich Apfel nicht erst 2008 überworfen. Bereits früher herrschte in zentralen Fragen Uneinigkeit. Apfel plädierte dafür, die NPD näher am Bürger, seriöser und gemäßiger auszurichten. Er kritisierte offen den Umgang Voigts mit einem Teil der „Freien Kameradschaften“. Sein Konzept der „seriösen Radikalität“ hatte sich als das erfolgreichere zur Maximierung von Wählerstimmen erwiesen.

89 Vgl. Marc Brandstetter, 2009, Zerstritten, pleite, geächtet. Wohin führt der Weg der NPD, in: Deutschland Archiv, Nr. 3/2009, S. 389-393.

90 Udo Voigt, Deutsche Stimme, Nr. 11/2011, S. 2.

Bis zuletzt klammerte sich Voigt an seinen Führungsanspruch; der Kampf um die Parteispitze ging erneut nicht ohne Eskalation über die Bühne. Die Spatzen hatten es schon lange von den Dächern gepfiffen, die innerparteiliche Konstellation hatte sich zugunsten Apfels verändert: Seine Wahl auf dem Parteitag in der Fontanestadt Neuruppin war die logische Folge. Die anhaltende Durststrecke bei Wahlen (außerhalb von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern) ließ viele frühere Voigt-Unterstützer endgültig von der Fahne gehen. Der von Voigt geführte Berliner Wahlkampf wurde nämlich zum Debakel. Mit ihren Provokationen, wie einem Wahlplakat, das den Spitzenkandidaten auf einem Motorrad mit der Bildunterschrift „Gas geben“ zeigte, schossen sie ein folgenschweres Eigentor: Nur 2,1 Prozent der Wähler gaben den Rechtsextremisten ihre Stimme.

Obwohl Apfel Voigt deutlich mit 126 zu 85 Stimmen aus dem Felde schlug, startete er geschwächt in seine erste Amtszeit als Parteivorsitzender. Wichtige Personalvorschläge fanden nicht die Zustimmung der Delegierten. Frank Franz, saarländischer NPD-Landesvorsitzender und exponierter Vertreter des „gemäßigeren“ Flügels, hatte er für einen Stellvertreterposten vorgeschlagen. Doch die Basis wollte als ihren Vize-Chef lieber Frank Schwerdt sehen, einen alten Voigt-Intimus, der von der neonationalsozialistischen Gruppierung „Die Nationalen“ zur NPD gestoßen war. Deshalb fungiert Franz nun als Bundespressesprecher.

Exemplarisch zeigt sich hier die Heterogenität dieser Partei. Sie ist keinesfalls – so wie von der Führung gern dargestellt – eine verschworene Truppe, sondern ein Sammelsurium unterschiedlicher, untereinander verfeindeter rechtsextremistischer Strömungen, von neonationalsozialistisch (Mehrheit) bis zu nationalkonservativ (Minderheit), die nur ihr kleinster gemeinsamer Nenner, die Abschaffung des demokratischen Systems der Bundesrepublik, eint.

5.2. Leere Kassen

Apfels Neustart wurde zusätzlich von der finanziellen Misere der Partei belastet. Die Abgabe falscher Rechenschaftsberichte brachte der ständig klammen Organisation in der Vergangenheit Strafzahlungen in Millionenhöhe ein.⁹¹ Da die NPD den Forderungen der Bundestagsverwaltung nicht nachkam, forr Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) die Abschlagszahlungen für das 2. und 3. Quartal 2013 ein, um die einbehaltenen ca. 600.000 Euro mit der Gesamtschuld von 1,3 Millionen Euro zu verrechnen. Nun saßen die Rechtsextremisten vollends auf dem Trockenen: Sogar den sieben Angestellten der Berliner Parteizentrale mussten sie kündigen. Kampflos wollte sich die NPD nicht geschlagen geben und rief das Bundesverfassungsgericht an: Da die „ausbleibenden Abschlagszahlungen die Wahlwerbemöglichkeiten im Bundestagswahlkampf erheblich einschränken könnten“, gaben die Karlsruher Richter ihrem Antrag auf eine einstweilige Anordnung zur Auszahlung der Gelder statt. Eine mögliche Verrechnung sei nach dem Ende des Hauptverfahrens möglich, das nach Meinung der Kammer „nicht offensichtlich unbegründet“ sei.⁹²

Im Jahr 2009 stand die NPD mit insgesamt knapp 650.000 Euro in der Kreide. Ein Jahr zuvor kam sie noch auf ein Reinvermögen von gut 1,2 Millionen Euro.⁹³ Die finanzielle Situation entspannte sich auch in den folgenden Jahren nicht. Obwohl die NPD 2011 einen Überschuss von fast 114.000 Euro erwirtschaftete, drückten besonders Rückstellungen für die bereits angesprochenen Strafzahlungen die Bilanz fast eine Million Euro ins Minus. Das Ausbleiben staatlicher Gelder macht der Partei schwer zu schaffen. 42 Prozent ihres Gesamtetats bestreitet die NPD aus Mitteln der staatlichen Parteienfinanzierung. Trotz der leeren Kassen steckt sie einen hohen Anteil ihrer Ausgaben in ihren Apparat. Allein von 2010 auf 2011 steigerte sie ihre Personalkosten um 70.000 Euro auf mehr als 391.000 Euro.⁹⁴

Mit dem „Deutschen Stimme Verlag“ ist unlängst ein wichtiges wirtschaftliches Standbein in Schieflage geraten. Neben der Deutschen Stimme (DS) gehört zu

91 Vgl. Jan Bielicki, Niederlage für die NPD, unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/niederlage-fuer-die-ncp-millionenstrafe-wegen-falschen-angaben-1.1100787> (eingesehen am 4. Januar 2012).

92 Vgl. Bundesverfassungsgericht, 2 BvR 547/13.

93 Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 17/4801, S. 34.

94 Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 17/12341, S. 33f.

dem Verlag mit Sitz im sächsischen Riesa ein Versand mit rechtsextremistischen Artikeln aller Art, von den CDs bekannter Rechtsrock-Bands über revisionistische Bücher bis hin zu allerlei Skurrilem wie einem Emailleschild mit der Aufschrift „Wolfsschanze“ für 24,90 Euro. 2011 war der Umsatz eingebrochen; der Versand sitzt auf einem viel zu hohen Warenbestand. Die Indizierung des aktuellen Kataloges hat den Abverkauf zusätzlich erschwert, weshalb der gesamte Verlag sogar vor der Pleite stand.⁹⁵ Im Rahmen des Bundesparteitages 2013 wurde bekannt, dass die NPD-Führungsrige neben einer geordneten Insolvenz des DS Verlages sogar die Einstellung ihres gleichnamigen Parteiblattes diskutierte.⁹⁶ Durch den Tod Jürgen Riegers hat sie zudem ihren wichtigsten Gönner verloren. Rieger hatte in den letzten Jahren mit seinen Krediten immer wieder geholfen, finanzielle Engpässe zu überbrücken.

5.3. NSU- und NPD-Verbot

Während viele Probleme hausgemacht sind, droht die zufällige Aufdeckung einer rechtsextremistischen Terror-Zelle der NPD den Garaus zu machen. Heftig bläst ihr der Wind im Zuge der Ermittlungen gegen den „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) entgegen, der 13 Jahre lang die Bundesrepublik mit einer beispiellosen Mordserie überzogen hatte. Wahrscheinlich ist der NSU für neun Morde an Kleinunternehmern mit ausländischen Wurzeln und einer Polizistin verantwortlich. Außerdem gehen mehrere Banküberfälle und Sprengstoffanschläge auf das Konto des Trios, das auch unter dem Namen „Zwickauer Zelle“ bekannt geworden ist.

Hektisch versucht die NPD, einen Trennstich zwischen sich und dem gewaltbereiten Milieu zu ziehen. War es vor November 2011 kein Problem, vorbestrafte Gewalttäter in den eigenen Reihen zu dulden, sollen nun unliebsame Personen übereilt entfernt werden. Gerade erst war mit dem wegen der Anstiftung zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und Körperverletzung zu

95 Vgl. Martin Machowecz, Der nationale Niedergang, unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-12/npd-holger-afel-nsu-deutsche-stimme> (eingesehen am 23. Dezember 2011).

96 Vgl. FSN TV: Live-Ticker zum Bundesparteitag der NPD, unter: <https://www.fsn-tv.de/wordpress/?paged=2> (eingesehen am 16. Juni 2013).

einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilten Patrick Wieschke ein militanter Kameradschaftsaktivist aus Thüringen in den Bundesparteivorstand aufgerückt. Nun wurde es aber überlebenswichtig für die Partei, jeden noch so kleinen Verdacht auf Verbindungen zum NSU auszuräumen. Aber genau diese Verstrickungen sind belegbar: Mit Ralf Wohlleben, dem ehemaligen thüringischen NPD-Vizechef, gehörte wohl ein hoher Parteifunktionär zum engsten NSU-Unterstützerkreis. Und auch Wieschke stand zeitweise im Verdacht, den drei Rechtsterroristen zumindest beim Verstecken geholfen zu haben.⁹⁷

Ein neues Verbotsverfahren zog bald am Horizont auf. Da nutzten die Distanzierungsversuche oder die Beteuerung, die Partei lehne Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab, wenig. Die NPD orakelte in dem ihr typischen verschwörungstheoretischen Duktus vielmehr, „die schrecklichen Mordtaten [würden] von unseren Gegnern instrumentalisiert, um eine hysterische Pogromstimmung gegen alle national gesinnten Kräfte zu erzeugen“.⁹⁸ Man schien zu befürchten, dass die ‚nationale Opposition‘ mundtot gemacht werden soll. Die Nervosität stieg, denn die Luft wurde dünner und dünner.

5.4. Imagekorrektur à la NPD

Eigentlich hatte der neue Bundesvorsitzende Apfel geplant, die NPD durch ein umfangreiches Maßnahmenpaket für breite Wählerschichten attraktiver zu machen. Die Hoffnungen der Partei ruhen vor allem auf einem möglichen Einzug in das Straßburger Parlament bei den Europawahlen 2014. Deshalb wollen die NPD-Strategen weg vom Image einer Politsekte und Bürgerschrecktruppe. Die Botschaft müsse heißen: „Aus dem Volk, für das Volk“. Eine Aufweichung der Grundsätze, wozu auch das Bekenntnis zum Abstammungsprinzip gehöre, stünde für eine „Weltanschauungspartei“ nicht zur Debatte. Seine Partei stehe vielmehr

97 Vgl. Markus Wehner, Geld, Unterschlupf, Waffen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Dezember 2011.

98 Vgl. NPD-Parteipräsidium, Aktuelle Stellungnahme zum mutmaßlichen „Mördertrio“ Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe und einem evtl. Verbotsverfahren gegen die NPD, unter: <http://www.npd-thueringen.de/?p=672/> (eingesehen am 4. Januar 2012).

für einen radikalen Politikwechsel.⁹⁹ Die NPD wollte sich als „Kümmererpartei“ etablieren. Die Arbeitsabläufe sollen professionalisiert, die Kommunikation nach außen und innen verbessert und die Schulungsarbeit weiter vorangetrieben werden. Inhaltlich werde sich die NPD vor allem im Bereich der Integrationspolitik, der Sozialpolitik und Anti-EU-Politik bewegen. Interessantes gab Apfel zum Verhältnis zu den „Freien Kräften“ preis. Er stellte einen Leitfaden in Aussicht, der dieses Thema aufgreifen werde. In Sachsen arbeite man konstruktiv mit den Kameradschaften zusammen, ehemals führende Szeneaktivisten hätten hohe Parteiposten übernommen. Er reiche allen konstruktiven Aktivisten die Hand und strebe ein „partnerschaftliches Verhältnis auf Augenhöhe an“.¹⁰⁰ Bis heute ist dieses Schriftstück nicht erschienen.

Diese Worte zeigen, wohin die Reise gehen wird. Auch unter Apfel wird die NPD nicht von ihrer politischen Grundlinie abweichen. Sie bleibt weiterhin eine zutiefst antidemokratische, fremdenfeindliche und antisemitische Partei, die die Überwindung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung anstrebt. Aber die Außendarstellung wird eine „gemäßigtere“ sein. Der Putz der Partei bleibt braun, auch wenn ein wenig neue Farbe aufgetragen wird.

5.5. „Seriöse Radikalität“ als Wahlkampfflop

Unter der Ägide von Holger Apfel trat die NPD bei vier Landtagswahlen an – als Erfolg konnte sie keine einzige davon verbuchen. Im Saarland (1,2 Prozent), Schleswig-Holstein (0,7 Prozent), Nordrhein-Westfalen (0,5 Prozent) und Niedersachsen (0,8 Prozent) büßte sie jeweils rund ein Drittel ihrer vorherigen Anhängerschaft ein. Nur im Saarland übersprangen die Rechtsextremisten die Hürde von einem Prozent und kamen so in den Genuss staatlicher Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Konsequenzen für die politische Ausrichtung hatten diese Rückschläge nicht. Die Partei führte sie vielmehr auf die aus ihrer Sicht ungünstigen äußeren Umstände zurück. So habe nicht nur der NSU, der vor

⁹⁹ Vgl. Holger Apfel, *Seriöse Radikalität*, in: *Deutsche Stimme* Nr. 11/2011, S. 12.

¹⁰⁰ Vgl. „Volksnah und zukunftsorientiert“. Interview mit Holger Apfel, unter: <http://www.npd.de/html/1938/artikel/detail/2687/> (eingesehen am 7. Januar 2012).

allem dazu diene, „nationale Strukturen zu kriminalisieren“, sondern auch der „Kampf gegen Rechts“ die Chancengleichheit der NPD beeinträchtigt.

Ein besonderes Desaster erlebte die NPD in Bayern, wo es ihr nicht gelang, die für einen flächendeckenden Wahlantritt nötigen 9.500 Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Ein flammender Appell Apfels, nur wenige Tage vor Ablauf der Frist über die Webseiten der Partei verbreitet, verpuffte wirkungslos. Die Unterstützung zahlreicher Funktionäre aus anderen Landesverbänden brachte ebenfalls nicht den gewünschten Effekt – selbst eine „Kopfprämie“ von fünf bzw. sechs Euro pro Unterschrift konnte das Steuer nicht mehr herumreißen. In zwei der sieben Wahlbezirke – Oberbayern und Unterfranken – wird die NPD damit am 15. September nicht auf dem Wahlschein stehen. 40 der 90 Stimmbezirke bleiben unbesetzt.¹⁰¹ Ein Erreichen der wichtigen Ein-Prozent-Marke wird selbst innerhalb der Partei als fast unmöglich angesehen. Kein Wunder, dass Apfel unter diesen Umständen eigentlich unbekannte, weil selbstkritische Töne anschlug: „Wir sind nicht zuletzt an eigenen Fehlern gescheitert“,¹⁰² räumte er in einer Stellungnahme ein. Viele „freie“ Aktivisten, die die NPD ohnehin seit Apfels vermeintlicher politischer Kurskorrektur vollständig abgeschrieben haben, sparten nicht mit Spott und Häme und feuerten aus allen Rohren gegen die „Kameraden“. Das „Freie Netz Süd“, eines der aktivsten und größten Neonazi-Netzwerke, etwa warf Parteichef Apfel und weiteren NPD-Funktionären vor, die letzten kritischen Wochen lieber im Urlaub verbracht, als der Parteibasis beim Sammeln der Unterschriften geholfen zu haben. Süffisant heißt es in einem Artikel: „So kennt man die "Spitzen"-Funktionäre der NPD: selbst auf Kosten der Basis Champagner im Fliederduft-Bad trinken und den Kameraden im Schützengraben Bescheid sagen, daß die Kampfkraft zu wünschen übrig lasse.“¹⁰³ Die Blamage der NPD war Wasser auf die Mühlen derer – in und außerhalb der Partei – die bereits seit einigen Monaten an Apfels Stuhl sägen.

101 Vgl. Christina Hebel, Unterschriften-Fiasko bei Landtagswahl: NPD blamiert sich in Bayern, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/landtagswahl-npd-erlebt-blamage-in-bayern-a-909975.html> (eingesehen am 10. Juli 2013).

102 Holger Apfel, NPD-Parteivorsitzender Holger Apfel zur Landtagswahl in Bayern, unter: <http://ds-aktuell.de/?p=3023> (eingesehen am 10. Juli 2013).

103 Vgl. Freies Netz Süd, Bayern-NPD blamiert sich bei Unterschriftensammlung, unter: <http://www.freies-netz-sued.net/index.php/2013/07/06/bayern-npd-blamiert-sich-bei-unterschriftensammlung/> (eingesehen am 13. Juli 2013).

5.6. Apfel unter Beschuss

Udo Voigt, Holger Apfels Vorgänger auf dem NPD-Chefsessel, hatte sich bereits nach dem desolaten Niedersachsen-Ergebnis (0,8 Prozent) zu Wort gemeldet. Auf Facebook nahm er kein Blatt vor den Mund und versetzte Apfel einen heftigen Seitenhieb, in dem er dessen politischer Linie eine Absage erteilte: „Es ist jetzt nicht die Zeit für Experimente, sondern zur Schaffung einer deutschen "Nationalen Front!“ Wenn sich immer mehr Patrioten in die verschiedensten Parteien, Gruppen und Organisationen zersplittern und zerfasern reicht es für KEINEN.“¹⁰⁴

Zeitgleich gründeten sich laut eigener Aussage an 15 Orten¹⁰⁵ „Udo Voigt Freundeskreise“, die gemeinsam mit Voigt die Einigkeit des „nationalen Lagers“ vorantreiben wollen: „Wir, die Unterzeichner, wollen in den Freundeskreisen unter dem Motto: "Einigkeit macht stark – Nur organisierter Wille bedeutet Macht!" einen Unterstützerkreis aufbauen, der jedem Patrioten die Möglichkeit zur Mitarbeit gibt. Wir sehen darin die Chance, nationale Kräfte über Parteigrenzen hinweg zu sammeln und ihr Potenzial zu bündeln, um den gemeinsamen Kampf für ein besseres Deutschland neu zu beleben. Wir überlassen Deutschland und unser Volk nicht kampflos seinen Feinden!“, heißt es in einer im Internet verbreiteten Stellungnahme. Und weiter: „Für unsere künftige Aktion lassen wir uns von den Worten von Udo Voigt leiten, mit denen er bereits 1997 in Passau zur Einheitsfront aufrief: "Wir fragen nicht, was Du gestern getan hast, aus welcher Organisation Du kommst, sondern einzig danach, was Du bereit bist für Deutschland zu leisten!“¹⁰⁶ Unterzeichner der Erklärung sind einige enge Weggefährten Voigts. Darunter finden sich Thorsten Heise, NPD-Landesvize in Thüringen, sein Kollege Uwe Meenen aus Berlin, Ulrich Pätzold, der ehemalige Bundesvorsitzende der Deutschen Partei (DP), und der

104 http://endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=7986:udo-voigt-vor-comeback?-die-%E2%80%9Efreundeskreise%E2%80%9C-um-den-ex-npd-vorsitzenden&Itemid=384 (eingesehen am 19.09.2013)

105 Nach eigenen Angaben existieren mittlerweile 71 „Freundeskreise“.

106 Vgl. Organisierter Wille bedeutet Macht, unter: <http://wohin-deutscherechte.de/?p=1> (eingesehen am 10. Juli 2013).

Revisionist Rigolf Hennig, der 2005 wegen Verunglimpfung des Staates zu neun Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden war.¹⁰⁷

Vollends aus dem Ruder liefen die innerparteilichen Konflikte, als die NPD ihren eigentlich im bayerischen Rottenbach geplanten Bundesparteitag auf den letzten Drücker absagen musste. Die dortige Gemeinde hatte sich mit Händen und Füßen gegen die unerwünschten Gäste gewehrt, die auf einem außerhalb gelegenen Privatgrundstück in einem Zelt tagen wollten: Bauarbeiten auf einer Zufahrtsstraße verhinderten die Anreise der erwarteten 400 Delegierten und Gäste.¹⁰⁸

Angesichts einer desolaten Lage – rückläufige Mitgliederzahlen, schlechte Wahlergebnisse, leere Kasse – gaben radikale Parteianhänger den amtierenden Bundeschef Holger Apfel mehr oder weniger zum Abschuss frei. Nicht wenige Beobachter gingen davon aus, dass die Putschisten schon auf dem nächsten Parteitag, der dann in Weinheim (Baden-Württemberg) in einem Hinterzimmer des Gasthauses „Zum schwarzen Ochsen“ stattfand, zum Angriff übergehen könnten.

Udo Voigt hatte die Front der Kritiker angeführt. Auf eine offene Schlacht wollte sich der Berliner Landesvize aber nicht einlassen – er war erst gar nicht erschienen. „Aus persönlichen Gründen“, wie es hieß. Sein Kollege, der glücklose Uwe Meenen, der seine Kandidatur durch lautes, kaum glaubhaftes Propagandagetöse, die NPD unterwandere die neugegründete Protestpartei „Alternative für Deutschland“ vorbereitet hatte,¹⁰⁹ forderte stattdessen Apfel heraus. Meenen blieb chancenlos. Er bekam 37 Stimmen (von 172 abgegebenen Stimmen), für Apfel votierten 122 Delegierte.

107 Vgl. Hamburger Abendblatt, NPD-Funktionäre vor Gericht, unter: <http://www.abendblatt.de/hamburg/harburg/article373640/NPD-Funktionaere-vor-Gericht.html> (eingesehen am 10. Juli 2013).

108 Vgl. Süddeutsche Zeitung, NPD sagt Bundesparteitag in Coburg ab, unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/streit-um-rechtsextreme-versammlung-npd-sagt-bundesparteitag-in-coburg-ab-1.1638872> (eingesehen am 10. Juli 2013).

109 Vgl. Justus Bender, NPD will Anti-Euro-Partei unterwandern, unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/alternative-fuer-deutschland-npd-will-anti-euro-partei-unterwandern-12152738.html> (eingesehen am 10. Juli 2013).

Ansonsten blieben Überraschungen aus. Apfel stehen als Stellvertreter Udo Pastörs, Frank Schwerdt und Karl Richter zur Seite. In den 19-köpfigen Vorstand, dem auch weiterhin u. a. Frank Franz und Matthias Faust angehören, schafften es nur zwei Frauen: Ariane Meise aus Nordrhein-Westfalen und die Pirmasenser Aktivistin Ricarda Riefling, die sogar in einen zweiten Wahlgang musste: Im ersten hatte sie die nötige Stimmenanzahl verfehlt. Mit Peter Marx als Generalsekretär rutschte ein „alter Bekannter“ wieder in das Gremium. Der saarländische Landesvorsitzende hat seit jeher einen schweren Stand und ist parteiintern umstritten.

6. Hass, Streit, Durchhalteparolen, Realitätsverlust: Holger Apfel an der NPD-Spitze

Für den einstigen Vorsitzenden des sächsischen Landesverbandes Holger Apfel läuft es nach mehr als eineinhalb Jahren als NPD-Chef alles andere als rund, seine Bilanz ist verheerend. Bei den zurückliegenden Landtagswahlen büßten die Rechtsextremisten jeweils rund ein Drittel ihres vorherigen Potentials ein. Außerdem sind die Mitgliederzahlen rückläufig, eine Trendwende konnte Apfel, trotz aller wortgewaltigen Ankündigungen, nicht einleiten.

Ein zweites Verbotsverfahren könnte das Ende der NPD bedeuten. Da nutzen auch die wortreichen Distanzierungsversuche der Parteiführung gegenüber dem gewaltbereiten rechtsextremistischen Milieu nichts – zumal die Realität eine andere Sprache spricht, wie die zahlreichen vorbestraften Gewalttäter bis in die höchsten Parteigremien hinein zeigen.

Innerparteilich ist der angeschlagene Bundeschef schwer unter Druck geraten. Die „radikaleren“ NPD-Strömungen machen Front gegen Apfel oder ziehen sich desillusioniert aus der Partei zurück. Besonders Apfels eigener Landesverband Sachsen, aber auch die „Kameraden“ in Bayern oder in Niedersachsen, müssen das Wegbrechen prominenter Szenefiguren oder ganzer Strukturen verkraften. Hinzu kommen die verstärkten Aufbaubemühungen der von dem bekannten Neonazi Christian Worch gegründeten Partei „Die Rechte“, die sich zumindest in Nordrhein-Westfalen, wo sie zahlreiche Führungskader kürzlich verbotener

„Freier Kameradschaften“ aufgenommen hat, zu einer echten NPD-Konkurrentin zu entwickeln scheint.¹¹⁰

Hintergrund ist Apfels vermeintlich weichgespülte Linie, die er „seriöse Radikalität“ nennt. Damit hat er den lange schwelenden Richtungsstreit verschärft. Selbst wenn die NPD an ihren Grundprinzipien wie dem „Abstammungsprinzip“ festhält: Für zahlreiche Neonazis ist das nicht genug, sie werfen der Parteispitze eine Anpassung an das verhasste „System“ vor und bevorzugen den revolutionären Kampf. Mit diesem politischen Kurs und dieser Führungsmannschaft ist die NPD für einen Großteil der aktionistisch ausgerichteten extremen Rechten keine Alternative mehr.

In der November-Ausgabe des Parteiblattes „Deutsche Stimme“ (DS) versuchte die Parteispitze, die „Radikalen“ einzufangen – vergeblich. Dem DS-Autoren Björn-Christopher Balbin oblag es an prominenter Stelle – auf Seite 2 – das fremdenfeindliche Weltbild der NPD-Hardliner zu bedienen. Der vorbestrafte Neonazi griff tief in die Vorurteilsbox, um seine Forderung nach einer ethnischen Trennung von Schulklassen zu begründen: „Da vor allem nichteuropäische Migrantenfamilien auch bei ihrem Nachwuchs wenig Wert auf das Erlernen der deutschen Sprache legen, werden massenhaft Schüler eingeschult, die die deutsche Unterrichtssprache nicht oder kaum beherrschen. Auch deutsche Klassenkameraden kommen nicht mehr angemessen voran, wenn Aischa und Mehmed das Lerntempo drücken.“ Für „die letzten deutschstämmigen Kinder“ würde der Schulbesuch so zum „Spießrutenlauf“. Daraus folgert der ehemalige Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Freising: „Deutsche und fremdländische Schüler [...], sind getrennt in eigenen ethnischen Klassen zu unterrichten.“ Damit würden die Kenntnisse [der ausländischen Schüler, Anm. des Verf.] der Muttersprache erhalten, was „für eine spätere Rückkehr in die Heimat unabdingbar ist.“ In der NPD-Weltanschauung sind Migranten Menschen zweiter Klasse, denen die Grundrechte nicht zugestanden werden. Das wird an diesen abstrusen Forderungen nur allzu deutlich. Kein Wunder, dass der 42-Jährige „für

110 Vgl. Marc Brandstetter, 2013, „Die Rechte“ in Bewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2/2013, S. 13-16.

eine grundsätzliche Lösung der Überfremdungsproblematik“ plädierte. Was er damit meinte, sagte Balbin nicht.¹¹¹

Gleichzeitig richtet sich der Parteichef persönlich an seine verbliebenen Truppen, um sie mit Durchhalteparolen auf die „Entscheidungsschlacht“ einzuschwören. In seinem „Kommentar“ preist Apfel das angebliche „Mobilisierungspotential“ der NPD. Von einem solchen „Mobilisierungspotential“ könnten die etablierten Parteien nur träumen, so Apfel. Ohnehin würde es den „Deutschland-Abschaffern“ nicht gelingen, den Bundesbürgern bis zur nächsten Bundestagswahl 2013 „stabile Verhältnisse vorzugaukeln“, dies sagten aktuelle Prognosen. Dann käme die Stunde der NPD, es gebe keinen Grund „Trübsal zu blasen“.¹¹² Wenn Apfel da mal nicht aufs falsche Pferd setzt.

7. Bundestagswahl 2013 – Verluste in den Hochburgen

560.660 Menschen entschieden sich bei der Bundestagswahl am 22. September nach dem vorläufigen Ergebnis für die NPD. Damit kamen die Rechtsextremisten auf 1,3 Prozent. Das sind 74.865 Wählerinnen und Wähler (oder 0,2 Prozentpunkte) weniger als noch vor vier Jahren. Von einem Einzug in den „Reichstag“ ist die NPD weit entfernt. Angesichts der schwierigen Gelegenheitsstrukturen – Verbotsverfahren, angespannte Finanzsituation, NSU-Prozess, interne Strömungskämpfe – hatte die Parteiführung dieses Ziel ohnehin frühzeitig zu den Akten gelegt. Ihr ging es vielmehr darum, ihr Ergebnis von 2009 mehr oder weniger zu bestätigen.

Besonders wichtig schien, mehr als 0,5 Prozent¹¹³ der Stimmen auf sich zu vereinen, um auch zukünftig in den Genuss von staatlichen Geldern zu kommen. Dieses Hindernis konnte die NPD ohne Mühe meistern, in der kommenden Legislaturperiode wird sie jährlich gut eine halbe Million Euro an Steuermitteln erhalten. In Hessen, wo die Bürgerinnen und Bürger am selben Tag an die Urnen gerufen wurden, um einen neuen Landtag zu bestimmen, legte die Partei

111 Björn-Christopher Balbin, Deutsche Stimme, Nr. 11/2012, S. 2.

112 Holger Apfel, Deutsche Stimme, Nr. 11/2012, S. 2.

113 Die Hürde für die staatliche Parteienfinanzierung beträgt bei Bundestagswahlen 0,5 und bei Landtagswahlen 1,0 Prozent.

hingegen um 0,2 Punkte auf 1,1 Prozent zu. Der satte Zugewinn von 11.223 Unterstützern steht dabei im Gegensatz zu den letzten Landtagswahlen, bei denen die Partei ungefähr ein Drittel ihres vorherigen Zuspruchs eingebüßte. Zum ersten Mal seit 1974 übersprang die NPD in Hessen die Finanzierungsgrenze von einem Prozent.

Die Resultate verschafften Parteichef Holger Apfel, der besonders an der Basis mit heftigem Gegenwind zu kämpfen hat, etwas Luft. Seine umstrittene Strategie der „seriösen Radikalität“ hatte er bereits zu Beginn des Wahlkampfes eingestampft, stattdessen die provozierende Karte gespielt und damit die aufgeheizten Gemüter beruhigt. Die NPD-Spitze setzte auf rassistische Botschaften, die z. B. eine Flut an Anzeigen gegen ihre Werbeplakate nach sich zog. Dieser Richtungsschwenk war nicht zuletzt dem Aufkommen der „Alternativen für Deutschland“ (AfD) geschuldet, die der NPD die von Apfel einst favorisierte Euro-feindliche Linie streitig machte. Besonders in einigen Gegenden, in denen hitzige Debatten über neue Flüchtlingswohnheime stattfanden, traf die NPD mit ihrem rassistischen Krawall-Wahlkampf den Nerv der Bevölkerung. In Berlin-Hellersdorf kam sie in einem Wahllokal in der Nähe des umstrittenen Asylbewerberwohnheims auf 10,2 Prozent.¹¹⁴

Große Freudensprünge dürften in der Berliner NPD-Zentrale nichtsdestoweniger ausbleiben. Denn in ihren Hochburgen mussten die Rechtsextremisten teils kräftige Verluste einstecken. In Sachsen (3,3 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (2,7 Prozent), den einzigen beiden Bundesländern mit einer Landtagsfraktion, verlor sie 0,7 bzw. 0,5 Prozentpunkte und ist damit selbst in ihren Hochburgen von der Fünf-Prozent-Hürde weit entfernt. In den großen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen (1,0 Prozent), Niedersachsen (0,8 Prozent), Bayern (0,9 Prozent), wo die NPD eine Woche zuvor mit 0,6 Prozent aus der staatlichen Parteienfinanzierung gefallen war, oder Baden-Württemberg (1,0 Prozent) kommt sie nach wie vor auf keinen grünen Zweig. Bestätigen konnte sie ihre Resultate hingegen in den anderen ostdeutschen Bundesländern: Brandenburg (2,6 Prozent), Sachsen-Anhalt (2,2 Prozent) und Thüringen (3,2

114 Vgl. Timo Kather, Stefan Kuhfs: Wahlerfolg für rechtsextreme NPD in Hellersdorf, unter: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/10-2-prozent-in-einem-wahllokal-wahlerfolg-fuer-rechtsextreme-mpd-in-hellersdorf/8829938.html> (eingesehen am 26. September 2013).

Prozent). Signifikante Zugewinne gelangen nur im Saarland auf 1,7 Prozent (plus 0,5 Prozentpunkte). Am schwächsten war die Partei mit 0,6 Prozent in Hamburg, wo der bekannte Neonazi Thomas Wulff als Listenführer antrat.

In einem Wahlgebiet übersprang die NPD die Fünf-Prozent-Hürde, nämlich in der Sächsischen Schweiz-Osterzgebirge mit 5,1 Prozent. 2009 hatte sie hier auf 5,6 Prozent Zustimmung gewonnen. Werte um die Vier-Prozent-Marke fuhr die sächsische NPD noch in den Wahlkreisen Bautzen, Görlitz und im Erzgebirge ein. Ein weiterer weit überdurchschnittlicher NPD-Stimmbezirk findet sich in Mecklenburg-Vorpommern. Im Wahlkreis Mecklenburgische Seenplatte I-Vorpommern-Greifswald II kreuzten 4,6 Prozent der Wählerinnen und Wähler mit der Zweitstimme die NPD an. Die thüringische NPD kann in Eisenach-Wartburgkreis-Unstrut-Hainich-Kreis II mit 4,0 Prozent ebenfalls einen Achtungserfolg verbuchen.

Mit Volldampf peilt die NPD-Führung das „Superwahljahr 2014“ an, wie Parteichef Apfel in einer Stellungnahme verkündete. Ziel sei die „endgültige Etablierung in Mitteldeutschland“, die durch den Wiedereinzug in den sächsischen Landtag sowie durch das erstmalige Überspringen der Sperrklausel in Brandenburg und Thüringen erreicht werden soll. Gleichzeitig machte Apfel den politischen Gegner für die Stimmverluste verantwortlich, seine Partei werde „gesellschaftlich kriminalisiert“. Einen neuen Hauptfeind hatte der 42-Jährige ebenfalls ausgemacht: Bei der AfD handele es sich, so Apfel, um eine Partei des status quo, also um eine Partei des von der NPD abgelehnten Systems.¹¹⁵ Die Schlacht um die Protestwähler ist eröffnet.

Der Autor

Dr. Marc Brandstetter, geb. 1978, studierte Geschichte und Politikwissenschaft in Trier und Karlstad, Schweden. 2011 Promotion an der Technischen Universität Chemnitz. Seit 2011 Redaktionsleiter der Informations- und Beteiligungskampagne ENDSTATION RECHTS.

115 Vgl. Holger Apfel: Mit Zuversicht ins Superwahljahr 2014!, unter: <http://ds-aktuell.de/?p=3356> (eingesehen am 26. September 2013).